

St. 21 n

Der Textil-Arbeiter

Veranstalt seit 1896 - Veranlagt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Verlagsgesellschaft: Verlagsanstalt für die Gewerbe- und Gewerkschaftsvereine, Berlin SW 11, Altonaer Straße 17
Telegraphische Anstalt: Telegraphische Anstalt für die Gewerbe- und Gewerkschaftsvereine, Berlin SW 11, Altonaer Straße 17
Telefon: 12345

Verlagsgesellschaft: Verlagsanstalt für die Gewerbe- und Gewerkschaftsvereine, Berlin SW 11, Altonaer Straße 17
Telegraphische Anstalt: Telegraphische Anstalt für die Gewerbe- und Gewerkschaftsvereine, Berlin SW 11, Altonaer Straße 17
Telefon: 12345

Die Wahlschlacht ist geschlagen! Das Schicksal des Bürgerblocks besiegelt!

Durch die Reichstagswahl ist dem Bürgerblock von den Wählern für seine Misstaten eine Niederlage bereitet worden. Wie sie in der Geschichte des Reichsparlaments kaum ihresgleichen findet. Das Steuer ist stark nach links gerichtet worden; die Sozialdemokratische Partei hat einen überwältigenden Sieg errungen. Daneben haben sich die Stimmen, die für die SPD abgegeben wurden, um ein Viertel gegenüber der vorletzten Wahl erhöht. Von 30592449 überhaupt abgegebenen Stimmen entfielen auf die proletarischen Parteien. In der großen Stimmenzahl der proletarischen Parteien findet die unbesiegbare Macht der Arbeiterklasse ihren Ausdruck. Wäre die Arbeiterklasse einig, was könnte sie nicht alles durch ihre Vertreter durchsetzen. Vieles könnte schon erreicht werden dann, wenn mit der SPD, für die parlamentarische Arbeit ein tragbares Programm - natürlich unter der Voraussetzung, daß sie damit auch ehrlich dazu steht - geschaffen werden könnte. Doch die Spuren sprechen. Die Stimmen, die für die SPD abgegeben worden sind, werden unfruchtbar bleiben, solange die SPD sich damit begnügt, auf dem außerparlamentarischen Schachbrett in den Händen der Staatsräuber Sowjetrußlands nur eine Schachfigur zu bleiben. Die Macht der Arbeiterklasse wird durch die Einstellung der SPD stark geschwächt. Immerhin, die Sozialdemokratie wird in dem neuen Reichstag einen gewaltigen Einfluß ausüben. Es ist die weitaus stärkste Partei, die im Kontakt mit den Gewerkschaften auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiet und für die Befestigung des republikanischen Staatsgebäudes Großes leisten kann. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei die Führung in der Regierung übernehmen muß. Sie ist gezwungen, positive Arbeit zu treiben. Die Maßnahmen des Reichstages, die jetzt sind, sind für allmählich drüber, in der sich die Partei in der Rolle eines parlamentarischen Kontrollorgans begnügen konnte. Die Partei wird jede Position, die sie inne hat, ausnützen müssen, um die Belange der Arbeiterklasse wahrzunehmen. Das parlamentarische System verlangt diese Mitarbeit in der Regierung. Wer diese Mitarbeit nicht leisten will und sich von der Verantwortung für das, was eine Koalitionsregierung tut, drücken will, der müßte schließlich auch den Hut finden und die Konsequenz aus seinem Verhalten ziehen und müßte den Parlamentarismus überhaupt ablehnen. Wichtig ist natürlich, daß diese Arbeit, die die Partei gezwungen ist, im Parlament und in der Regierung zu leisten, nicht geführt wird

durch unverantwortliche Schreibweisen, die leider in verschiedenen Redaktionen der Parteiblätter sich breit machen. Gerade durch die Schreibereien derjenigen, die glauben, mit den Kommunisten in der radikalsten Behandlung ein Wettrennen zu machen, wird die Partei in der schlimmsten Weise geschädigt. Das hat auch der Wahlausgang bewiesen. Durch das radikale Getöse sind die Wähler den Kommunisten zugetrieben worden. Verantwortung oben und unten, und ein gegenseitiges Verfehlen über die politischen Notwendigkeiten, ist die erste Voraussetzung für ein gedeihliches und fruchtbringendes Arbeiten.
Der neue Reichstag wird wichtige Aufgaben in sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht lösen müssen. Genannt sei hierbei die Schaffung eines Kartellgesetzes, die Aenderung der Arbeitszeitverordnung und Verbesserung des Betriebsrätegesetzes. Er muß ferner Voraussetzungen schaffen für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse in der Wirtschaft. Alle diese Fragen können nur im günstigen Sinne für die Arbeiterklasse gelöst werden, wenn die Vertreter der Arbeiterklasse im ständigen Ringen in allen Körperschaften die Interessen der Arbeiterklasse wahren. Wir werden nicht von heute auf morgen den sozialistischen Staat schaffen können, sondern wir werden im stetigen Ringen und stetigen Kampf, Mann gegen Mann, in diesen Staat hineinwachsen. Die Mitarbeit der Vertreter der Arbeiterklasse in Regierung und öffentlichen Körperschaften wird der Arbeiterklasse die Fähigkeiten verleihen, die notwendig sind, um den Staat beherrschen zu können.
Wenn zwischen Reichstagsfraktion, den Vertretern der Länder und Gemeindeparlamentarier, den Wählermassen und den Gewerkschaften einander ein recht inniger Kontakt hergestellt wird - nach dieser Richtung hin sollte auch die Parteipresse ihre Aufgabe zu erfüllen suchen - dann wird es möglich sein, den Sieg vom 21. Mai im Interesse der Arbeiterklasse voll auszunutzen.
Wichtig ist aber, daß sofort mit dem Eintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Regierung Türen und Fenster der Regierungshäuser weit aufgerissen werden, damit die ständige Geheimratsluft und mit ihr die Saboteure des Willens der Wählermassen und der zukünftigen Regierung hinausbejodert werden. Die Sozialdemokratische Partei muß sich ein Beispiel nehmen an dem, was ihr die Deutschnationalen so gut vorzumachen verstanden haben, ohne auf deren Ach- und Behgehr in der nachfolgenden Zeit zu hören.

Der Kampf in der württembergischen Textilindustrie.

Der Schlichtungsausschuß Stuttgart hatte auf den 21. Mai eine Verhandlung angesetzt. In dieser Verhandlung verlangten die Unternehmer, daß je ein Beisitzer aus der Branche hinzugezogen werden soll. Der Vorsitzende, Herr Dr. Kallee, betonte dagegen, daß er Gewicht darauf lege, daß erstens keine Beisitzer genommen werden, die an dem Schlichtungsprozeß beteiligt waren und zweitens daß er, um jede Parteilichkeit zu verhindern, sowohl Arbeitnehmer- als Arbeitgeberbeisitzer aus anderen Branchen genommen habe. Die Unternehmer erklärten daraufhin, daß sie kein Vertrauen zu Herrn Dr. Kallee hätten und ihn deshalb wegen Befangenheit ablehnen. Der Schlichtungsausschuß selbst erklärte nach längerer Aussprache, daß der Vorsitzende selbstständig aus der vorhandenen Liste seine Beisitzer bestimmen könne. Daraufhin erklärten die Unternehmer nochmals, dem Vorsitzenden ablehnen zu müssen, weil er nach ihrer Ansicht befangen sei. Dr. Kallee mußte nun seiner vorgeordneten Behörde von dem Vorgang Mitteilung machen, und das württembergische Wirtschaftsministerium erklärte den Einwand der Unternehmer für unbegründet. Die Unternehmer schlugen daraufhin den Gewerkschaften vor, in freie Verhandlungen zu treten unter einem unparteilichen Vorsitzenden. Als unparteilichen Vorsitzenden schlugen dann die Herren einen württembergischen Fabrikanten vor. Da aber die Gewerkschaften die Gründe der Arbeitgeber durchschaute, lehnten sie die angebotenen Verhandlungen ab. Daraufhin verließen die zahlreich anwesenden Unternehmer geschlossen die Verhandlung. Der Schlichtungsausschuß tagte dann selbstverständlich weiter und fällte einen Schlichtungsbescheid, der die Lohnerhöhung in der Spitze auf 5 Pf., die anzuordnende Arbeitszeit auf höchstens 51 Stunden festsetzte und auch noch sonstige keine Verbesserungen im Manteltarif vorsah.
Die ausgesprochenen Kündigungen werden zurückgenommen und gelten die Arbeitsverhältnisse als nicht unterbrochen. Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeitnehmer haben in einer stark besuchten Konferenz der Vertrauensleute mit Mehrheit den Schlichtungsbescheid angenommen und die Verbindlichkeit beantragt, nachdem die Arbeitgeber denselben ablehnten. Die Entscheidung über den Antrag steht noch aus.

Neuer Manteltarifvertrag in der sauniger Textilindustrie.

Wie bereits gemeldet wurde, hat der Reichsarbeitsminister dem Antrage der Arbeitnehmer auf Verbindlichkeit des Schlichtungsbescheides nicht stattgegeben. Daraufhin beantragten die beteiligten Gewerkschaften die Einleitung eines neuen Verfahrens. Das Reichsarbeitsministerium berief die Parteien zu einer unverbindlichen Aussprache am 23. Mai ein. Nach längeren Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande. Hervorzuheben ist, daß es bei diesem Abschluß gelang, eine Regelung der Ferienbezahlung zu treffen, wie sie auch in anderen Tarifbezirken üblich ist. Bisher wurden für die Ferienwoche nur 42 Stunden vergütet. Nach dem neuen Vertrag werden nunmehr auch in diesem Tarifbezirk bei der Berechnung der Ferienvergütung 48 Stunden zugrunde gelegt.

Kündigung des Arbeitszeitabkommens in Westfalen.

Eine Konferenz der Funktionäre unseres Verbandes, die am 22. Mai in Dresden tagte, beschloß, das Arbeitszeitabkommen für Westfalen zum 30. Juni zu kündigen. Die Forderungen der Arbeiterchaft lauten auf achttündige Arbeitszeit für die ersten fünf Tage der Woche und sechsstündige Arbeitszeit am Sonnabend (ausschließlich aller Pausen). Die Ueberarbeitszeit soll von der Zustimmung der Betriebsvertretung abhängig sein.
Letztere Forderung wurde damit begründet, daß die westfälischen Unternehmer aus Prinzip auch dann an der Ueberarbeitszeit festhalten, wenn Arbeitsmangel besteht, was Arbeiterentlassungen in der Regel zur Folge hat.

Textilmärkte.

Die Spekulation auf den Baumwollmärkten, die seit Monaten trotz der Versteigerung des amerikanischen Geldmarktes ihr Spiel treibt, hat vor Tagen eine unangenehme Ueberraschung erlitten, vielfach sind den Spekulanten schwere Verluste entstanden, womit der Rückgang der Preise in Zusammenhang steht. Die Veranlassung dazu war die Besserung des Wetters um die Mitte des Monats Mai.
Auch die Lage in den Spinnerei- und Webereibezirken der verschiedenen Länder scheint sich langsam zu verschlechtern; in Amerika hat z. B. der Baumwollverbrauch derart abgenommen, daß entgegen allen Erwartungen jetzt noch 4 Jahren, die Gesamtzahl der sogenannten Spinnereientnahme hinter der des Vorjahres zurückbleibt.
Am Wollmarkt hat sich während der Londoner Auktion Versteigerung gezeigt, daß die Wollmengen zur Versteigerung im April aus besonnenen Fachkreisen kamen, durchaus berechtigt waren. Der schleppende Geschäftsgang in Garnen und Geweben hat auf den Rohstoff übergegriffen und die Erlöse bei den Versteigerungen um 5 bis 7 Proz. für die meisten gängigen Sorten gedrückt. Für die Tendenz des Marktes ist aber bei weitem wichtiger, daß die vorher so lebendige Kaufkraft stark nachgelassen hat.

Die Textilkonjunktur.

Während in fast allen Teilen der deutschen Wirtschaft eine merkliche Neubelebung eingetreten ist, so daß die Befürchtungen wegen einer baldigen Wiederholung der schweren Krise von 1926 jetzt geschwunden sind, ist es in der Textilindustrie in der letzten Zeit noch abwärts gegangen. Das mag zunächst daran liegen, daß nach Zeiten größerer Arbeitslosigkeit, wie die Wintermonate 1927/28, es immer einer gewissen Zeit bedarf, bis sich die Kaufkraft der Massen soweit erholt hat, daß sie sich wieder dem Erwerb von Textilwaren zuwenden kann. Es darf darum die Hoffnung ausgesprochen werden, daß auch in der Textilindustrie die Beschäftigungsziffer in der nächsten Zeit wieder aufwärts zeigt.
Wirke schon die schlechte Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes auf die Textilwirtschaft ungünstig ein, so kamen für verschiedene ihrer Zweige noch Umstände hinzu, die an den besonderen Wirtschaftszweig gebunden sind und seine Lage ungünstig beeinflussten. Bei der Baumwoll- wie bei der Wollindustrie war es die eigenartige Preisentwicklung. In diesen beiden Industrien haben die Preise nach einer längeren Zeit ständigen Aufstiegs eine gewisse Stabilität erlangt, die unter anderen Umständen konjunkturfestigend wirken würde. Gegenwärtig ist jedoch der Preisstand so hoch, daß eher mit einem Rückgang als mit einem Stillstand oder gar einem weiteren Steigen gerechnet wird. Für den Fertigwarenhandel Grund genug, mit neuen Aufträgen sehr vorsichtig zu sein und sozusagen aus der Hand in den Mund zu arbeiten. Kommt hinzu, daß die Warenlager zweifellos noch von der Ueberproduktion des Vorjahres her reichlich gefüllt sein dürften. Die Rammgarnspinnereien haben noch Aufträge für mehrere Monate. Die Herrenstoffweberlei leidet dagegen unter der Unsicherheit bezüglich der Mode. Die Bloßheit der Betriebe bedingt eine Vielesheit von Mustern, und keine Firma hat den Mut, sich für den Winter in bestimmter Richtung festzulegen, weil man nicht weiß, was „einschlagen“ wird. Ein Weniger an Mustern würde also ein Mehr bedeuten. Die mifflische Lage der Damenstoffweberlei ist sicherlich zu einem guten Teil auf die wachsende Vorliebe für kunstseidene Kleidung zurückzuführen. Ihre relative Billigkeit erleichtert zudem eine Anpassung an die häufigen Schwankungen der Mode. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß ohne allen Zweifel der Beschäftigungsgrad im künstlich-seidigen Bezirk besser wäre, wenn es die Saisonbeschäftigung den Massen bei

Frauen gestatteten, auf die Gediegenheit der Kleidung größeren Wert zu legen.

In der Herstellung von Kunstseide ist nach den Angaben der Unternehmer der lang andauernde Anstieg von einer gewissen Stabilität abgelöst worden, die, falls diese Neubelebung zutrifft, in dem allgemeinen Konjunkturrückgang der vergangenen Wintermonate leicht ihre Erklärung findet. Die Lage kann gleichwohl als sehr gut bezeichnet werden.
In der Wirtkerindustrie herrscht Hochspannung. Der Produktionsumfang hat sich in der letzten Zeit nur deshalb nicht vergrößert, weil beim besten Willen keine Arbeitskräfte mehr aufzutreiben sind. In der Fachpresse und auf Unternehmerkonferenzen werden herzbewegende Klagen über den Facharbeitermangel angestellt. Nur kommt man nicht darauf, daß diesem Mangel am besten durch gute Bezahlung und sonstige günstige Arbeitsbedingungen abgeholfen wäre. Strikerei und Tritotagen sind, soweit es sich um feinere Waren handelt, gleichfalls gut beschäftigt; für gröbere hat die Nachfrage allerdings fühlbar nachgelassen.
In der Leinenindustrie sind die Beschwerden über die hohen Flachspreise zum festen Bestand der Konjunkturberichterstattung geworden. Eine Anzahl Firmen hat sich zwar für eine gewisse Zeit mit Rohstoffen eingebekkt, gleichwohl wird die Produktion rationiert, so daß z. B. in Badeschut vorwiegend verkürzt gearbeitet wird. In der letzten Zeit mehren sich die Meldungen über die Stilllegung von Betrieben. Daß der Flach in der Tat knapp ist, geht aus einem Bericht der russischen Handelsvertretung in Berlin hervor, wonach selbst in Rußland nur 8700 Flachspindeln in diesem Jahr in Betrieb gehalten werden sollen. Die Ursache dieser Knappheit liegt jedoch nicht in schlechter Ernte, sondern in der Tatsache, daß Flach im Gegensatz zu Industrieartikeln in Rußland nur niedrig im Preise steht, so daß es dem Bauern vorteilhafter erscheint, seinen Flach in größerem Umfang selbst zu verarbeiten.
Für Teppiche und Möbelstoffe herrscht genügende Nachfrage, in den übrigen Zweigen der Textilindustrie: Strikerei, Gardinen, Spitzen, Lüll, Bandherstellung kann man die Lage dagegen in den Sachzusammenhang: Den Arbeitern geht's schlecht, weil vielfach eingeschränkt gearbeitet wird, den Unternehmern geht's dennoch gut, weil sie auch bei solcher Lage verstehen, auf ihre Kosten zu kommen.

Unternehmergeschrei und Wirklichkeit.

Sowohl die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wie auch die Äußerungen der einzelnen Arbeitgeber in den von ihnen herausgegebenen Geschäftsberichten ihrer Betriebe vom Jahre 1927 hatten wider von dem Samern und Klagen über:

1. die unerträglichen Steuerlasten,
2. die gesteigerten Soziallasten,
3. die Erhöhung der Löhne und
4. die gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Arbeitskraft, im besonderen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

Am wesentlichen wurden ja wohl diese Leidenstände, nach denen man sich, trotz der hohen Gewinne des verflochtenen Jahres, ein baldiges Ende der Privatwirtschaft annehmen könnte, von den Industriellen im Hinblick auf die kommenden, großen Lohnkämpfe ausgesprochen und um sich andererseits dem Staate gegenüber einen recht notleidenden Ausdruck zu geben. Das Unternehmertum möchte eben am liebsten ernten ohne zu säen, indem es das Steuerjahren der Arbeiterklasse überläßt und sich nur meldet, wenn es gilt Zuwendungen einzufordern.

Dah in dieser Beziehung die Hochfinanz der Industrie keineswegs nachsteht, was ja bei der heutigen Verflechtung nicht zu verwundern ist, zeigen die jetzt erschienenen Jahresberichte der großen D-Banken, die ein deutliches Bild von der Mentalität des deutschen Unternehmertums geben. Es wird sich deshalb lohnen, daß wir uns näher mit denselben befassen.

Eingangs stellen zwar alle Berichte einmütig eine große Besserung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse fest. So heißt es in dem Bericht der Deutschen Bank: „Im Jahre 1927 hat unsere Wirtschaft, eben erst aus schwerer Krisis zur Erholung gelangt, eine Produktionshöhe erreicht wie nie zuvor!“ Die Discontogesellschaft schreibt: „Nach einer Reihe langer Jahre, in denen wirtschaftliche Zerrüttung, Chaos, Stabilisierung und Geneigung einander ablösen, bliden wir zum ersten Male seit Beendigung des Krieges und seit der Wiederherstellung normaler Währungsgrundlagen auf ein Jahr zurück, dessen Gesamtverlauf im Zeichen eines ununterbrochenen, in lebhaftem Tempo fortschreitenden wirtschaftlichen Aufstieges stand.“

Bei der Frage nach den Gründen dieser Wirtschaftsbesserung kommen die Berichte zu der Folgerung, daß wir es fast ausschließlich mit einer Inlandskonjunktur zu tun gehabt haben. Vor allem wirkte hier der Bedarf zur Erneuerung und Verbesserung der Produktionsmittel stark anfordernd. Daneben aber steht als nicht zu überschätzender Faktor der Antriebs der Wirtschaft durch die öffentliche Hand, in Form von Aufträgen zum Wohnungsbau und zur Erweiterung der Anlagen von Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Daß dies selbstverständlich nur mit großen Mitteln vom Staate durchgeführt werden kann, scheint aber den Herrschenden, die doch die Nutznießer der Konjunktur des Jahres 1927 waren (siehe Dividenden und Löhneerhöhungen), nicht einzuleuchten. Somit könnten sie nicht auf der anderen Seite einen wesentlichen Abbau der Steuern verlangen, zumal der Arbeitnehmer einfach 10 Proz. seines Lohnes einbehalten bekommt, ohne daß er andererseits eine jeßb wesentliche Gegenleistung vom Staate erhält.

Nur zu der Klage über die gesteigerten Soziallasten, die sich sogar daraus zuspitzen, daß man in den Berichten von einer Überbepannung des sozialen Prinzips spricht und behauptet, das deutsche Volk sei von einer Rentenpflanzhof befallen. Sehen wir uns die tatsächlichen Belastungen durch die Sozialversicherung an, so ergibt sich folgendes interessante Bild:

Gesamtbelastung 1913	1356 Millionen Mark
Gesamtbelastung 1925	3172 „

Davon wurden bezahlt:

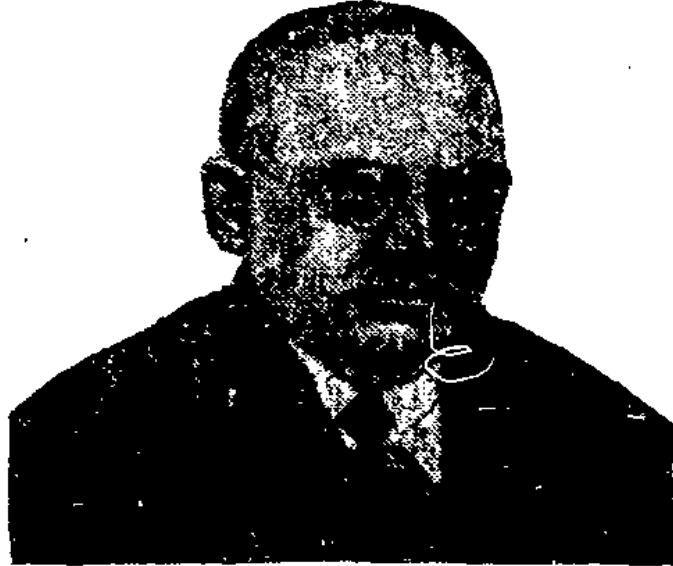
	1913	1925
	Millionen Mark	Millionen Mark
vom Staate	60	625
vom Arbeitgeber	655	1174
vom Arbeitnehmer	641	1373

Wir sehen also wohl ein Ansteigen der Soziallasten um insgesamt 234 Proz. gegenüber 1913, jedoch steigt der Anteil der Arbeitgeber daran nur um 179 Proz., während die Zahlungen der Arbeitnehmer um 214 Proz. gestiegen sind. Es ergibt sich daher ganz im Gegenteil zur Behauptung die Tatsache, daß die Arbeiter-



Aus dem Verbandsleben.

Am 2. Juni vollendet Kollege Franz Kofke, der Gauleiter unseres Verbandes in Berlin, sein 60. Lebensjahr. Als Sohn eines Schuhmachers in Berlin geboren (es gibt noch eingeborene Berliner!) besuchte er zunächst die Volksschule, im Berliner Volksmund „Pantinen-gymnasium“ genannt, später noch eine Mittelschule und kam sodann in die Lehre zu einem ehrfamen Webermeister. (Leppich- und Lächerweberei waren damals noch ein handwerksmäßiges Gewerbe und die Webergesellen nicht minder stolz wie die andern Handwerksgeellen.) Die ersten Anfänge der Organisation sahen ihn dann schon eifrig tätig. Seine besonderen agitatorischen und rednerischen Fähigkeiten wurden bald von den Berliner Textilarbeitern erkannt. 1898 beriefen sie ihn in die Agitationskommission der Provinz Brandenburg.



Franz Kofke, 60 Jahre.

1898 wurde er Vorsitzender derselben, was in bester Gemeinschaft mit vielen heute schon unter dem grünen Rasen liegenden opferwilligen Kollegen wurde der Grundstein zum heutigen Gau Brandenburg gelegt. Einstimmig wurde ihm 1906 der Posten des bescheidenen Gauleiters übertragen und mit Stolz vermerken die ostdeutschen Textilarbeiter, daß es unter der Leitung ihres „Franz“ vorwärts gegangen ist. Die Sozialdemokratische Partei, der er gleichfalls schon frühzeitig beitrug, betraute ihn zunächst mit der Funktion eines Berliner Stadtverordneten, später erlor der Wahlkreis Suben-Lübben ihn zu seinem Reichstagskandidaten. Dieser schwer umstrittene Kreis konnte in der Vorkriegszeit nicht geholt werden, der „rote Pring“ — Schönleib-Carolath — genoh dort i. St. die Sympathien weiter Volkstreife, so daß er in der Stichwahl stets siegte. Aber seit 1920 hält der Webergeselle den Wahlkreis V Frankfurt-Oder, in dem er von früh an gewirkt hat, um ihn für die Partei zu erringen.

Wir wünschen dem allseitig geschätzten Kollegen, daß er noch recht lange im Bollbesitz seiner körperlichen und geistigen Frische zum Wohle der Textilarbeiterschaft, wie der Gesamtarbeiterbewegung wirken möge!

schafft auch hier ungleich mehr zu zahlen hat als die sich notleidend gebärende Unternehmerschaft.

Kommen wir nun noch zu den letzten Einwänden über die gestiegenen Löhne und die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit, so können wir wohl kurz darüber hinweggehen, da ja gerade auch in den Gewerkschaftszeitungen schon vielfach bewiesen worden ist, daß hier und dort der Reallohn der Arbeiter den Vorkriegsstand noch nicht erreicht hat. Hören wir also nur noch kurz, was in diesen kapitalistischen Geschäftsberichten über die soziale Gesetzgebung geschrieben steht. Vor allem hat es diesen Herren, neben der Arbeitszeitregelung, das Schlichtungswesen angetan. So heißt es in dem Bericht der Darmstädter und Nationalbank nach einem allgemeinen Weltturn vorüber, daß der Staat in zunehmendem Maße zum bestimmenden Faktor der Wirtschaft geworden sei, wörtlich: „Er, der Staat, setzt die Miete fest, bestimmt den Wohnungsbau, diktiert die Eisen-, Kohle- und Kalkpreise, und bestimmt diktorisch von einer Zentralstelle aus Löhne und Arbeitszeit. Ganz besonders in dieser letzteren Hinsicht verdient sein Wirken erhöhte Beachtung. Das von ihm geschaffene und beeinflusste Schlichtungsverfahren hat gerade in letzter Zeit mehrfach bewiesen, wie notwendig hier ein Abbau der staatlichen Funktionen geworden ist.“

Man sieht an diesen Äußerungen deutlich, wo der springende Punkt liegt. Gar zu gerne möchten nämlich diese Herrschaften all diese vom Staate und der Arbeiterklasse mühsam erklangenen Positionen wieder an sich reißen, um allein von sich aus Löhne und Arbeitszeit nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Allerdings sollten sie sich über die steigende Macht der Arbeiterorganisation klar werden, die einen Kampf nicht scheuen.

Sehr bezeichnend sind auch folgende Sätze aus den Berichten: „Der soziale Grundgedanke, der ohne Einschränkung immer stärker zur praktischen Anwendung gebracht werden muß, ist gekennzeichnet durch die größere Beteiligung der Arbeitnehmer an den Erfolgen und Erträgen der Wirtschaft in Form von Lohn und sozialer Fürsorge.“

Wir glauben, daß nach den vorübergehenden Ausführungen jeder erkennen wird, wie unwahr diese Behauptungen sind. Die erzielten Erfolge sind nur den Organisationen der Arbeiterklasse zu verdanken, während das Unternehmertum am liebsten noch Zustände hätte, wie sie Engels in seinem Buche über die Lage der arbeitenden Klasse in England aus der Zeit des Frühkapitalismus schildert.

32. Deutscher Krankentagg.

Vom 5. bis 7. August findet in Breslau der 32. Deutsche Krankentag statt. Aus der Tagesordnung sei hervorgehoben ein Vortrag des Herrn Ministerialrats Dr. Wandemann sowie des Beigeordneten Herrn Dr. Memelsdorf, Berlin, über Arbeitsgemeinschaften der Versicherungsträger mit den Gemeinden; ein Bericht des Herrn Prof. Dr. Schlayer, Berlin, über die Beteiligung der Krankenkassen an der Ernährungsfürsorge. Ueber die Reform der Reichsversicherungsbankordnung spricht der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, Herr Hamut Seemann; über die Aufgaben der Berentranssärzte der Krankenkassen Herr Dr. Brill, Berlin, und Herr Dr. Eisenberg, Hamburg. Ferner wird Herr Prof. Dr. Siepmann, Berlin, einen Vortrag halten über die Bedeutung der Frauenkassen für die Krankenversicherung; Herr Landesgewerbeamte Scheinrat Prof. Dr. Thiele, Dresden, sowie Herr Geschäftsführer Moak vom Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, Berlin, über die Fürsorge für gesundheitlich gefährdete Jugendliche, u. a. m. Hauptverband Deutscher Krankenkassen e. V. Bohlmann, Geschäftsführer.

Das Leipziger Sabritwesen nach dem Siebenjährigen Kriege.

Historische Studie nach Quellen des Leipziger Ratsarchivs. Titel L.N.H. 1.

Von Arno Rapp, Leipzig.

Am 3. August des Jahres 1763 erhielt der Rat zu Leipzig einen Brief des sächsischen Kurfürsten, in welchem dieser verlangte, sofort über den derzeitigen Stand des Sabritwesens der Stadt unterrichtet zu werden, da er die Absicht habe, die Bunden zu beilen, die der Siebenjährige Krieg geschlagen hatte. (In Wirklichkeit hatte er nur Interesse an der Entlastung der Steuerbeiträge.) Der Rat forderte u. a. das Gutachten des Handelsdeputierten und der Kammererung an. Beide komparierten in einem umfangreichen Antwortschreiben und gaben zu erkennen, daß nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges in der Stadt Leipzig:

1. Gold- und Silberwarenfabrikanzen.
2. Sommerkleidfabrikanzen.
3. Seidenwarenfabrikanzen.
4. Porzellanfabrikanzen und
5. Buchdruckfabrikanzen.

die Löhne hätten.

Die Eigentümer und Direktoren der Fabrikanzen aber forderten, daß die unrichtigsten Nachrichten über den Stand der Fabrikanzen zu erheben veranlaßt sein würden.

Die Handelsdeputierten haben darauf, daß die Preise der in Leipzig und in anderen sächsischen (sächsischen) Fabrikanzen gezeigten Waren, so hoch als nur immer möglich zu stellen müßten, und daß die Preise in Länge und Breite, möglichst an der höchsten Stelle des Schutzes im geringsten Maße abgebrochen werden.

Der Rat, so heißt es weiter, habe nicht geringe Aufmerksamkeit verwendet, imachen nicht nur die Schatzkammer an vielen Orten sehr reichlich, die Erbauung des Schlosses an manchen Orten gänzlich unterlassen und dadurch Woll-, Garn- und andere des hohen Tuch-, Zeug-Manufakturen ganz unentbehrlichen Vorposten im Preise nicht wenig gesteigert worden, sondern auch aus dem hohen Preise alle und jede zum Unterhalten der Fabrikanzen nötigen Mittel zu entnehmen. Die äußeren Vorgänge nach dem Krieg, größtenteils gegen vorige Zeiten gerechnet, ziemlich teuer bezahlt werden müssen. Der alte Zustand in-

hindern die oft zweig-, drei- und mehrfache Vertikalisierung der Rohproducten den Flor derer Landesfabrikanzen, auch seien die allernothwendigsten und ganz unentbehrlichsten Lebens-Mittel mit verschiedenen beträchtlichen Abgaben belegt, wodurch sowohl die Materialien, als auch die unentbehrlichsten Bedürfnisse derer Arbeiter um ein gar merkliches im Preise erhöht werden. Nicht zu gedenken, wie mannigfaltig die Abgaben sind, welche von denen neuangelegten Manufaktur- und Fabrik-Waaren entrichtet werden müssen, ehe sie zum Verkauf gebracht werden können.“ Dazu kommt noch,

„daß die in den Fabrikanzen arbeitenden Personen nicht nur bey letztem Kriege mit mancherley Einquartierung, Contributionen, Brandschadung u. dgl. belegt worden, sondern denenselben an verschiedenen Orten ansehnlich nachwiedererlangtem Frieden vielerley Abgaben auferlegt werden, welche dieselben nicht anders als durch ihrer Hände Arbeit aufzubringen vermögend und mithin auch aus diesem Grunde noch immer auf einem hohen Arbeitslohne zu bestehen gleichsam genöthiget sind.“

In den benachbarten Staaten aber waren die Fabrikanzen und die dazu erforderlichen Rohmaterialien von Steuern und sonstigen Abgaben befreit oder nur leicht belegt. Der Landesunterhalt war „nachteil und möglich der Arbeitstohn geringer“ als in Kurpfälzen. Daher kam es,

„daß seit einiger Zeit die hiesigen Landesfabrikanzen denen ausländischen weder in der Güte der Waaren noch im Preise derselben die Waage halten konnten, wodurch aber auch der Vertrieb derer inländischen Fabrik-Waaren dergestalt ins Stocken gerathen, daß entsezt aus denen sächsischen Gold- und Silber-Fabrikanzen, welchen in Lützen und Zeuzen nach Böhmen, Schlesien und denen übrigen kaiserlichen Erb-Ländern, sowohl in des Brandenburgische, Sächsischen, Böhmerische, Heßische, wie auch in die Pfalz, Bayern und Schweiz fast gar nichts mehr gehet.“

Um das Geschäft wieder in Gang zu bringen, müsse verlangt werden:

„Gänzliche Aufhebung oder doch wenigstens Einschränkung derer gezeuigen Accis-Abgaben, sowie Befreiung aller extraordinärer) Auflagen zur Tilgung der Kriegskontributionen.“

Außerdem würden die sächsischen Fabrikanzen ungemein befördert werden.

Wenn besonders denen Tuch-, Zeug-, Seiden-, Woll- und Cattun-Fabrikanzen das höchste Maß

zu ertheilende Reglements auf das genaueste vorgezeichnete würde, von was vor Länge und Breite jedes Stück Ware gefertigt, auch wie es sonst allenthalben beschaffen sein müße, wenn es als eine tüchtige sächsische Fabrik-Waare angesehen und zum öffentlichen Verkauf gebracht werden solle.

Die Befolgung solcher Reglements würde, unserer geringeren Einsicht nach, nicht besser als durch Anordnung neuer und Verbesserung derer bereits vorhandenen Beschau-Anstalten zu erlangen sein, wobei besonders dahin zu sehen wäre, daß die Beschauung derer Waaren nicht wie bisher an den meisten Orten gewöhnlich gesehen, lediglich durch die Obermeister derer Handwerk, sondern vielmehr autoritate publica) und wenigstens jedesmal mit Zuziehung einiger Deputierten der Obrigkeit jeden Orts vorgenommen werde.“

Das Beschauerreglement aber würde die Waren stempeln und alle Beschwerden zunächst machen.

Neben diesem Gutachten der Handelsdeputierten enthält der Attendant noch das Gutachten eines Fabrikanten, welches die Schäden der damaligen Zeit lückenlos bloßlegt. (Die Sorte ist heute ausgestorben.) Es lautete:

1. Es gibt hier Gold- und Silber-, Damast- und Grosdetons-, Sommet- und Welpen-, Rätheren- und Stückeren-, Seiden-, Strumpf-, Band-, Wachsteinwand- ufm. Fabrikanzen, so alle noch mehr erweiteret), auch noch andere etablirt werden könnten, wenn nicht die harten Bestimmungen und Behinderungen solches verhinderten.

2. Ich halte dafür, daß alle Manufaktur vor dem Krieg in weit besserem Gang gewesen als gegenwärtig, maßen ich vor mein Theil kaum die Helfste mehr an Arbeitslohn erhalten kann, ja, wenn es länger so fort gehet, muß ich gar davon abstrahiren) und ein ander Mittel ergreifen.

3. Ich halte dafür, daß sich obbemeldte Fabrikanzen sämtlich in passablen Umständen befinden, doch kann man keinem ins Herz sehen. Dieses aber ist unstreitig richtig, daß, wo Fabrikanzen florieren, besonders in größeren Orten, es nicht nur ein Band bewirkt, sondern auch fremdes Geld hereinziehet, wodurch viel Tausend Arbeiter und Kinder, auch dadurch die Menge, besonders Hausarme, mit ernährt und erhalten werden: solches siehet man an England, Holland, Frankreich, Schwed und vielen Orten Deutschlands.

4. Die Ursachen hiervon (des schlechten Geschäftsganges) sind hauptsächlich erstlich die harten Sperrungen und Verbote sämt-

*) Durch im „Wahlraum angeordnete“ Personen.
*) Ausdrücken, ausdehnen.
*) Einhalten.

Politische Wochenschau.

Der Ruck nach links bei den Wahlen. — Der Zusammenbruch des Bürgerblocks. — Die Frage der Regierungsbildung. — Der Ausfall der Landtagswahlen. — Die Giftgastastrophie in Hamburg.

Wie wir schon kurz mitteilten, hat der Wahltag vom 20. Mai einen gewaltigen Ruck nach links und damit eine schwere Niederlage der Rechtsparteien gebracht. Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Stimmzahl von 7 881 041 auf 9 099 980, also um 1 218 939 gesteigert. Den zweitstärksten Gewinn erzielte die Kommunistische Partei, deren Stimmen von 2 709 086 auf 3 139 645, also um 430 559 zunahm. Bei beiden Parteien betrug der Stimmengewinn etwa 15,5 Proz. Die eigentliche Siegerin bei dieser Wahl war die Sozialdemokratische Partei. Man erkennt das mit besonderer Deutlichkeit, wenn man die jetzigen Zahlen nicht mit denen vom Dezember, sondern vom Mai 1924 vergleicht. Damals hatte die Sozialdemokratie es nur auf 6 Millionen Stimmen gebracht, während die Kommunisten 3,7 Millionen Stimmen erzielten. Seitdem hat also die Sozialdemokratische Partei um mehr als die Hälfte zugenommen, die Kommunisten dagegen haben noch nicht einmal den damaligen Stand erreicht. Man muß diese Tatsache deshalb erwähnen, weil, so erfreulich an sich die Steigerung der Gesamtzahl der Arbeiterstimmen bei dieser Wahl ist, das Vorhandensein einer besonderen Gruppe neben der starken Sozialdemokratie nur der Reaktion zum Vorteil gereicht. Die Kommunisten hatten ihren Kampf hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie geführt. Glauben sie ernstlich, daß sie je die Oberhand im deutschen Proletariat erlangen könnten? Was hat dann aber noch die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse für einen Sinn?

Der Sieg der Sozialdemokratie, der Vormarsch der Arbeiterklasse ist mit dem Zusammenbruch des Bürgerblocks eng verbunden. Die Hauptstützen waren die Deutschnationalen, deren Stimmen von 6,7 Millionen auf 5 Millionen zurückgingen. Auch die andern am Bürgerblock beteiligten Parteien haben schwere Rückschläge erlitten. Die deutsche Volkspartei ging von 3 auf 2,6 Millionen, das Zentrum von 4,1 auf 3,6 Millionen Stimmen zurück. Aber auch die Demokraten erlitten einen Stimmenrückgang von 1,9 auf 1,4 Millionen. Lediglich die Wirtschaftspartei und die Deutsche Bauernpartei haben etwas an Stimmen gewonnen. Die Mandatverteilung im neuen Reichstag wird folgendermaßen aussehen:

	1924	1924
Sozialdemokraten	152	131
Deutschnationale	73	103
Zentrum	62	69
Deutsche Volkspartei	44	51
Kommunisten	54	51
Demokraten	25	32
Bayerische Volkspartei	16	19
Wirtschaftspartei	23	17
Nationalsozialisten	12	—
Deutsche Bauernpartei	8	—
Landbund	3	—
Christlich-nationale Bauernpartei	10	—
Deutsch-Hannoveraner	3	—
Völkische Partei	2	—
Sächsisches Landvolk	2	—

Eine Anzahl Splitterparteien, wie der Völkische Block, die Deutschsozialen, die Unabhängigen, die Altsozialisten und die linken Kommunisten, sind ganz verschwunden.

Wie wird die Regierungsbildung vor sich gehen? Bei einigen leitenden Personen der kommunistischen Partei besteht ohne Zweifel die Neigung, die bisherige verantwortungslose Parolenshusterei aufzugeben und gemeinsam

mit der Sozialdemokratie für die Interessen der arbeitenden Klassen zu kämpfen. Vorläufig wird diese Neigung aber von der offiziellen Parteileitung der Kommunisten nicht geteilt, hat sie doch im Wahlkampf die Reaktion nach Möglichkeit geschildert und dafür ihren Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Es soll gleichwohl nicht verkannt werden, daß in der kommunistischen Wahlagitatorik von Bürgerkrieg, Sowjetdiktatur und ähnlichen Dingen nicht mehr die Rede war, viel mehr dagegen von den Forderungen wirtschaftlicher und politischer Natur, die die kommunistische Partei sonst als „reformistisch“ bezeichnet. Die Sozialdemokratie kann also vorläufig noch nicht das ganze Gewicht der aus der Arbeiterschaft stammenden Stimmzahl auf die Waagschale der kommenden Entscheidungen werfen. Aber auch die mehr als 9 Millionen sozialdemokratischer Stimmen, fast der dritte Teil der wahlfähigen Bevölkerung, wiegen so stark, daß keine Regierung gegen die Sozialdemokratie gebildet werden kann. Ob aber eine Regierung mit der Sozialdemokratie, das hängt von dem Maß der Zugeständnisse ab, das die bürgerlichen Parteien der Arbeiterklasse zu machen gewillt sind. Bisher haben die Verhandlungen darüber aber noch

gar nicht begonnen, so daß sich eine Erörterung dieser Frage noch erübrigt.



Nicht eure Ferien, die der Deutsche Textilarbeiter-Verband euch erkämpft hat!

Den gleichen Verlauf wie im Reich haben die Landtagswahlen in Preußen, in Bayern, Württemberg, Oldenburg und die Stadtverordnetenwahlen in einer Anzahl größerer Städte wie Breslau, Frankfurt a. M. usw. genommen. In Preußen, dem größten der deutschen Länder wird sich in der Zusammensetzung der Regierung voraussichtlich nichts ändern. In den anderen Ländern, wo die Sozialdemokratie die stärkste, oder, wie in Bayern, die zweitstärkste Partei geworden ist, wird der Kurs schärfer nach links gesteuert werden müssen, auch wenn die Sozialdemokratie an der Regierung nicht beteiligt ist. Besonders bemerkenswert ist das Ergebnis in Bayern, wo die Sozialdemokraten ihre Mandatszahl von 25 auf 34 erhöhen konnten, während die der Kommunisten von 6 auf 5 zurückgingen. Eine vernichtende Niederlage haben die Deutschnationalen in Württemberg erlitten. Von ihren 8 Mandaten verloren sie 4, während die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsitze von 13 auf 22 in die Höhe stieg. Die kommunistische Mandatszahl ging auch hier zurück, und zwar von 10 auf 6. Noch günstiger ist das Ergebnis in Braunschweig, wo die Sozialdemokratie seit der Landtagswahl im November 1927 von 46 Proz. aller Wählerstimmen auf 50,3 Proz. gestiegen ist und damit die Mehrheit der Wählerschaft für sich erobert hat. Die Kommunisten spielen in diesem Lande überhaupt keine Rolle mehr.

Auf einer Insel im Hamburger Hafen ist ein 7 Meter langer eiserner Tank explodiert, der mit Phosgen gefüllt war, einem Gasmisch, das im Kriege unter dem Namen Gelbkreuz verwendet worden ist. Dieses Gas hat eine ungeheuer schädliche Wirkung. Wer von ihm getroffen wird, gerät sofort in Lebensgefahr. In der Tat hat die Katastrophe auch 12 Todesopfer gefordert, mehrere hundert Personen sind an Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Woher stammte dieses giftige Gas? Es war von der Firma Sackenberg im Hamburger Hafen aufbewahrt worden, zu welchem Zweck ist bisher noch nicht festgestellt worden. Es handelt sich um dieselbe Firma, die in den Jahren 1923/26 auf Veranlassung des deutschen Reichswehrministeriums in Sowjetrußland eine Giftgasfabrik errichtete, die die russische Armee und vielleicht auch die deutsche Reichswehr mit dieser furchtbaren Kriegswaffe versorgen sollte. Es wird noch festzustellen sein, ob etwa das Hamburger Giftgaslager im Zusammenhang mit dieser Affäre steht.

Arbeitsgerichtliches.

Die einseitige Verhängung von Einzelstrafen durch den Arbeitgeber unzulässig.

Die Bestimmung des § 80 Absatz 2 BRG., wonach die im § 134b Absatz 1, Ziffer 4 GO. vorgesehene Festsetzung von Strafen durch den Arbeitgeber gemeinsam mit dem Gruppenrat erfolgt, hat bis vor kurzer Zeit zu einem lebhaften Streit darüber Anlaß gegeben, ob der Gruppenrat nur bei der Aufstellung von Strafvorschriften für die Arbeitsordnung im allgemeinen oder auch bei der Festsetzung der Strafe im Einzelfalle mitzuwirken berechtigt ist. Trotzdem die überwiegende Meinung in Literatur und Rechtsprechung dahin ging, daß die im § 80 Absatz 2 BRG. vorgeschriebene gemeinsame Tätigkeit von Arbeitgeber und Gruppenrat sich auf die Verhängung von Einzelstrafen erstreckt, waren die Arbeitgeber und ihre Syndikats unausgelekt bemüht, durch eine ungünstige Auslegung genannter Vorschrift den Gruppenräten das Mitbestimmungsrecht im Betriebe zu schmälern. Um auf diesem Gebiete Klarheit zu schaffen, hat der Deutsche Textilarbeiterverband drei derartige Streitfälle, obwohl das Klageobjekt in zwei Fällen nur je 50 Pf. und in dem anderen Prozente 1,10 Mk. betrug, aber die Revision wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache zugelassen war, vor dem Reichsarbeitsgericht zur endgültigen Entscheidung gebracht.

Das Reichsarbeitsgericht hat durch Urteil vom 11. Januar 1928, Aktenzeichen RA 41/27 entschieden, daß der Arbeitgeber zur wirksamen Verhängung einer in der Arbeitsordnung vorgesehenen Ordnungsstrafe gegen den Arbeiter der Zustimmung der Betriebsvertretung bedarf. Es sei nämlich zu beachten, so heißt es in der Urteilsbegründung, daß, während § 134b Absatz 1, Ziffer 4 GO. die Art der Festsetzung der Strafen der Arbeitsordnung überlasse, der § 80 Absatz 2 BRG. die Festsetzung dahin regelt, daß sie durch Arbeitgeber und Gruppenrat gemeinsam zu erfolgen habe. § 80 Absatz 2 BRG. spreche also ebenfalls von der in § 134b Absatz 1, Ziffer 4 GO. vorgesehenen „Festsetzung“ von Strafen, worunter nun in dieser Verbindung auch die Einzelstrafe zu verstehen sei. Das folge auch daraus, daß der Betriebsrat nach §§ 66, Ziffer 5, 75, 78, Ziffer 3, BRG. bereits zur Mitwirkung bei der Aufstellung der Arbeitsordnung berufen ist, diese aber in erster Linie nur den Strafrahmen enthält.

Da aber verschiedene Arbeitsordnungen vorsehen, daß die Bemessung des Strafmaßes im Einzelfalle vom Arbeitgeber allein erfolgt, so fragt es sich, ob mit einer solchen Vorschrift das Mitbestimmungsrecht des Gruppenrats ausgeschaltet worden ist. Diese Frage wird in dem gleichen Urteil vom Reichsarbeitsgericht verneint und zwar mit der Begründung, daß § 80 Absatz 2 BRG. als zwingendes Recht durch die Arbeitsordnung nicht dahin abgeändert werden könne, daß die Straffestsetzung einseitig durch den Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter zu erfolgen habe. Genannte Bestimmung gewährt, soweit in einer Arbeitsordnung auf Grund des § 134b Absatz 1, Ziffer 4 GO. Strafen vorgesehen sind, im öffentlichen Interesse der Betriebsvertretung einen Einfluß auf die Ausübung der Rechte, die dem Arbeitgeber gegen den Arbeitnehmer aus dem Einzelarbeitsvertrage zustehen, um etwaige Willkürlichkeiten des Arbeitgebers bei Strafverhängungen, zu denen insbesondere auch Lohnkürzungen gehören können, vorzubeugen. Die Arbeitsordnung könne eine solche Schutzbestimmung nicht zum Nachteil der Arbeitnehmer wirksam abändern, gleichgültig, aus welchem Beweggründe die Abänderung vorgenommen worden sei.

Mit dieser höchstinstanzlichen Entscheidung ist der Streit um das Mitbestimmungsrecht der gesetzlichen Betriebsvertretung bei der Straffestsetzung im Einzelfalle endgültig beigelegt. Damit ist gleichzeitig der Willkür der Unternehmer, nach eigenem Gutdünken als Strafrichter über die Befehlschaft zu fungieren, ein Ende bereitet worden. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß der von einzelnen Unternehmern mit besonderer Vorliebe hervorgekehrte Herrimhausstandpunkt durch die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts merklich durchbrochen ist. Die Forderung der Arbeiterklasse auf gleichberechtigte Mitbestimmung im Produktionsprozeß hat hier einen starken Stützpunkt gefunden.

Aus der englischen Baumwollindustrie.

Zu der Ausperrung vorbei.

Aus England kommt die Nachricht, daß der Verband der Baumwollspinnereibesitzer in der Abstimmung über die Frage, ob eine 12 1/2 prozentige Lohnkürzung gewaltam versucht werden soll, eine Niederlage erlitten hat. Von den Arbeitern amerikanischer Baumwolle stimmten genau zwei Drittel für einen Kampf. Die übrigen waren dagegen oder hatten sich der Stimme enthalten. Die ägyptische Baumwolle verarbeitenden Spinnereibesitzer waren gar nur zu einem reichlichen Viertel für den Vorschlag des Spinnereiverbandes zu haben. Da nach der Satzung des Verbandes mindestens vier Fünftel der angeschlossenen Unternehmungen für den Kampf hätten stimmen müssen, wenn er ausgenommen werden sollte, bedeutet dieses Resultat eine erneute Niederlage der Politik des Unternehmerverbandes. Die Gefahr der Ausperrung ist nun für den Augenblick beseitigt.

Zu diesem Ausgang der Abstimmung können sich die englischen Spinnereibesitzer nur beglückwünschen. Ein Kampf hart auf hart hätte für sie einen schlimmen Ausgang nehmen können; hatten sie doch außer den Arbeitern die gesamte öffentliche Meinung gegen sich. Auch im bürgerlichen Lager sieht man ein, daß durch eine Kürzung der Löhne, die ja nur einen kleinen Teil der Produktionskosten ausmachen, die Baumwollindustrie Lancashires von ihrer Krankheit nicht geheilt werden kann. Es ist nur zu bekannt: Nicht etwa zu hohe Löhne sind es, die eine Wiederbelebung der Industrie verhindern, sondern der Geist der Eigenbrötlei unter den Unternehmern, der nicht zuläßt, daß sich die Industrie außer Ausschaltung der leistungsfähigen Betriebe fester zusammenschließt, daß ein engeres Band zwischen Fabrikation, Ausrüstung und Handel entsteht und daß vor allem die aufgeblähten Kapitalien auf ein vernünftiges Maß zusammengelegt werden. Allen diese bisher so stark vernachlässigten Fragen wird sich der Spinnereibesitzerverband nunmehr wieder mit größerem Ernst zuwenden müssen, nachdem ihm die eigenen Mitglieder in den Plan, die Arbeiter zu schädigen, die Gefolgschaft verläßt haben.

25 Jahre Schweizerischer Textilarbeiterverband.

Von Jos. Lukas, Bern.

Im Mai d. J. konnte der Schweizerische Textilarbeiterverband auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Als im Sommer 1902 der vierte Internationale Textilarbeiterkongress in Zürich stattfand, da war nur eine kleine Gruppe von kaum 3000 organisierten Schweizerischen Arbeitern vertreten.

Die Gründung des Zentralverbandes ist aber nicht gleichbedeutend mit der Textilarbeiterbewegung überhaupt. Die Anfänge der Schweizerischen Textilarbeiterorganisationen reichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts; in den Jahren 1888/89 fanden in Zürich und Basel große Färberbewegungen statt und zwei Jahre später organisierten sich die ostschweizerischen Säger und Plattschweber.

Table with 2 columns: Name of association and number of members. Includes Appenzelischer Weberverband (1800), Allgemeiner Verband der Seidenwebereibetriebe (1200), etc.

Diese verschiedenen Verbände standen bis zum Jahre 1903 nicht nur in keinerlei Verbindung miteinander, sondern sie kannten sich sogar nicht einmal. Jeder arbeitete auf eigene Faust und kam über die kleinlichsten Verhältnisse nicht hinaus.

Es folgte nun ein durch verschiedene ungünstige Umstände gehemmter langsamere Aufstieg der Organisation. Im Jahre 1915 spalteten sich die Heimarbeitler wiederum von den Fabrikarbeitern ab und gründeten den Schweizerischen Heimarbeiterverband, der heute 2500 Mitglieder zählt.

Der Schweizerische Textilarbeiterverband hat sich im Laufe der Zeit zum Fabrikarbeiterverband entwickelt; neben den in den Textilfabriken (teilweise auch in der Heimindustrie) beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen gehören ihm auch die Arbeiter der chemischen Industrie, und seit 1926 die Papierarbeiter und die Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes an.

Dem dementsprechenden und kampfesmutigen Vorgehen des Textilarbeiterverbandes konnte im Sommer 1919 für 8000 Fabrikarbeiter die 8-Stunden-Woche erkämpft werden. Dieser ist seither durch den Einfluß der Krise und durch die Geschäftslage vieler Arbeiter und Arbeiterinnen der Schweiz wieder vielfach verloren gegangen.

Während der wirtschaftlichen Depression vermehrte sich die Organisation der Schweizerischen Textilarbeiter wiederum zu fünfstelligen, und im verfloßenen Jahr machte sich bereits ein kleiner Zuwachs der Mitgliederzahl geltend.

Während den 25 Jahren seines Bestehens hat der Verband die Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Schweiz sehr erfolgreich vertreten. Er hat nicht nur ihre wirtschaftlichen Interessen, sondern er hat durch seine Aufklärungs- und Agitationsarbeit auch zur geistigen Förderung und zum politischen Bewußtsein der Textilarbeiter beigetragen.

Berichte aus Fachtreffen.

Brüellos l. Erzgeb. Nicht ohne Grund und Ursache haben wir uns an dieser Stelle wiederholt mit der Firma Heinrich Seidel beschäftigt. So auch heute wieder. Dabei führen wir nur den Beweis, daß diese Firma tatsächlich nicht mehr recht weiß, wie sie die taubensichtähnlichen Zustände ihres Betriebes beseitigen soll und kann.

Vertrag.

Zwischen der Firma Heinrich Seidel in Brüellos und Herrn... wird folgendes vereinbart:

Die Firma stellt Herrn... als lernenden Strumpfwirker ein. Die Ausbildungszeit beträgt mindestens 4 Wochen. Während dieser Zeit hat Herr... keinen Anspruch auf Lohn oder irgendwelche Entschädigung.

Zugleich die den Arbeitgeber treffenden sozialen Versicherungsbeiträge werden auch während dieser Lehrzeit von der Firma bezahlt.

Nach Ablauf der Ausbildungszeit verpflichtet sich Herr... zwei Jahre als Strumpfwirker bei der Firma tätig zu sein und zwar zu den allgemeinen Bedingungen des Tarifvertrages und der Arbeitsordnung.

Die Arbeitszeit richtet sich jeweils nach derjenigen der auf Maschinen der gleichen Art beschäftigten übrigen Wirker des Betriebes.

Als wichtiger Grund zur Auflösung des Vertrages im Sinne des § 124 a Gem.-O. gilt insbesondere eine längere als vier Wochen dauernde Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit unter 24 Stunden.

Der Vertrag beginnt am... Brüellos, den...

Abgesehen davon, daß der erste Teil dieser Verträge gegen tarifliche Bestimmungen verstößt; bestätigt der zweite Teil voll und ganz das, was wir eingangs erwähnten. Nun wird sich die Deffentlichkeit immerhin fragen, warum überhaupt Leute ein solches Konstrukt von Vertrag unterschreiben. Dabei kann und darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Unterschritten meistens nur Leute vollzogen haben und wußtlichen, die entweder längere Zeit arbeitslos oder kurz- arbeiter waren und niemals erfuhr, was überhaupt zu unterschreiben war.

Der breiten Deffentlichkeit raten wir, mit uns gemeinsam unter der Arbeiterenschaft von Nah und Fern dafür zu agitieren und zu sorgen, daß in Zukunft niemand mehr solche und ähnliche Verträge unterschreibt und anerkennt.

Eisenach. Am 29. April fand in Eisenach eine Konferenz der Untertassler und der Betriebsratsmitglieder der Verwaltung Eisenach statt. Vertreten waren 58 Delegierte. Die Tagesordnung lautete: 1. Aufbau unserer Filiale zur verstärkten Kampfesfähigkeit. 2. Der deutsche Textilarbeiterverband im Kampfe mit dem Unter-

„Das Lied vom Spulen.“

Der Webstuhl kracht, das Schifflein zieht hinüber und herüber; Beim Spulen tönt ein wildes Lied, Das gelleit früh und trüber: „Mein Schifflein zieht, Wir oder sie; 's wird anders nie, Mein Schifflein zieh herüber und hinüber.“

Der eine im Verbrecherhaus Spinnet fort und fort den Faden; Im Ende wird ein Tuch daraus, Ein Tuch von Gottes Gnaden. Viel Fäden schlug des Spinners Fluch Ins Leichenluch. — Noch nicht genug, Spinn fort und fort den Faden.

Wir ändern aber zornigmut, Wir sitzen auch am Stuhle, Das Schifflein treibt der Zeiten Flut, Es schnarrt und knarrt die Spule. Dazwischen Sang und Schwerteklang Und Wogendrang das Tal entlang — So weht die Zeit am Stuhle.

Der Webstuhl kracht, das Schifflein zieht herüber und hinüber; Beim Spulen tönt ein wildes Lied: „Bald ist dein' Zeit vorüber; Die Freiheit liegt, die Fessel liegt. Die Freiheit liegt — dein Schifflein fliegt hinüber und herüber.“

Adolf Strodtmann.

nehmertum. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach der Kollege Siedmann. Er behandelte die wichtigsten agitatorischen und organisatorischen Aufgaben, die jeder Funktionär unseres Verbandes erfüllen muß. Mitarbeit am Ausbau und Aufbau unserer Organisation fördert die Stärke derselben. Raueit und Gleichgültigkeit ist der gefährlichste Feind der Arbeiterklasse.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach unser Gauteiler, der Kollege Edel. In großen Zügen zeichnete er den Aufstieg des Verbandes und die großen Kämpfe, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiterchaft geführt werden mußten; wie im zähen Ringen der zwölf- und vierzehnstündige Arbeitstag erkämpft wurde, wie durch die wirtschaftlichen Kämpfe und aktiven Maßnahmen des Verbandes die Unternehmer in der Textilindustrie gezwungen wurden, Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Organisation vertraglich zu regeln.

Nach reichlicher, sachlicher Aussprache wurde die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband und mit dem Gelöbniß, alles zu tun, um die Beschlüsse der Konferenz durchzuführen, geschlossen.

M. Glöckner-Rheindl. Der Mitgliedschaft von Rheindl wurde Mitteilung und Beachtung, daß unser Geschäftslokal von Rheindl, Saupfstraße 164, nach Rheindl, Dahlener Straße 106, in das von den freien Gewerkschaften erworbene Heim verlegt ist.

Das Protokoll vom Kongreß der Wirker, Stricker, Färbereiarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands ist erschienen.

Das Protokoll vom Kongreß der Wirker, Stricker, Färbereiarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands

Das Protokoll, das die auf dem Wirkerkongreß in Lohheim gehaltenen Referate wiedergibt, enthält wertvolles Material für die in den bezeichneten Branchen tätigen Funktionäre resp. Mitglieder unseres Verbandes. Behandelt wurden bekanntlich auf dem Kongreß u. a.: Die Wirkererei, Strickererei usw. in der Geschichte und in der Weltwirtschaft; des weiteren die Lohnverhältnisse und die Stellung der Arbeiterinnen in den einzelnen einschlägigen Branchen, sowie auch der Kampf um den Achtstundentag.

Alles in allem! Dem Protokoll vom Wirkerkongreß ist im Interesse unserer Bewegung weitest Verbreitung zu wünschen. Es kann vom Verbandsvorstand zum Preise von 1,50 Mk. bezogen werden.

Angestelltingesuch.

Für die Geschäftsstelle Rothwein i. Sa. wird zum baldigen Antritt ein Geschäftsführer gesucht. Bedingungen: Mindestens fünfjährige Verbandszugehörigkeit, Kenntnis des Betriebsratgesetzes und der sozialen Gesetzgebung, agitatorische und organisatorische Befähigung.

Kollegen und Kolleginnen, die sich um die Stelle bewerben, wollen eine Darstellung ihres Lebenslaufes, eine Schilderung ihrer bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Geschäftsführers, eigenhändig geschrieben, an den Hauptvorstand einreichen.

Die Stelle ist zur Bewerbung für bereits im Dienst befindliche Sekretäre freigegeben. Schon im Dienst befindlichen Angestellten wird im Falle ihrer Wahl ihre bisherige Dienstzeit angerechnet.

Für Neugewählte besteht eine sechsmonatige Probezeit. Während der Probezeit kann das Anstellungsverhältnis von beiden Seiten mit monatlicher Kündigung gelöst werden.

Der Hauptvorstand. gez. Karl Schrader.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 3. Juni 1928, ist der Beitrag für die 22. Woche fällig

Beitrag: Karl Schrader in Berlin, Remeler Str. 50. — Verantwortlicher Redakteur: J. B. R. Wiedemann in Berlin. — Für die Angelegenheiten des Verbands: Berlin, Postfach 638. 11. — Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Dies und Das.

Wissenswertes aus dem Wirkungsbereich unserer Kolleginnen.

Etwas über die Verhältnisse in der Baumwollspinnerei Speyer.

In Nr. 14 unseres „Textilarbeiter“ erbat wir Mitteilungen über Arbeitsbedingungen im Betrieb. Erfruchtendweise fand sich abermals eine Kollegin, die unsere Bitte erfüllte. Auch in ihren Darlegungen zeigt sich außerordentlich gute Beobachtungsgabe und viel Interesse für sehr praktische Dinge. Man sieht also, daß auch die Arbeiterinnen befähigt sind, betriebstechnische Vorgänge zu beurteilen und zu bewerten.

Ob dabei die Formulierungen immer genau das treffen, was sie wollen — siehe u. a. „Lautendes Band“ — ist weniger von Belang. Die Gesamtausführungen zeigen dennoch, was es heißt und was zu ändern nötig ist. Das ist aber bei jeder schriftlichen Meinungsäußerung die Hauptfrage.

Hoffentlich kommen noch mehr solche „Situationsberichte“. Das Arbeiterinnensekretariat.

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit fähst sich die Betriebsleitung verpflichtet, auf die „Nichtleistungsfähigkeit“ (keiner Unterton: „Faulheit“) der Belegschaft hinzuweisen. — Auch zu hohe Löhne und die damit nicht in Einklang stehende Produktionshöhe werden als eine der Hauptursachen des Rückganges und der Unrentabilität des Betriebes angegeben.

Vom Standpunkt des praktischen, berufsinteressierten Arbeiters aus, mehr praktisch als theoretisch betrachtet, liegt die Sache wesentlich anders. — Die Leistungsfähigkeit der älteren Arbeiterinnen ist, abgesehen von überall vorkommenden Ausnahmen, nachweisbar gut. — Es fehlt vielmehr an der richtigen Ausnutzung der Maschinen einzelner Abteilungen. Man möchte fast sagen, es fehlt das laufende Band. Zum Beispiel: Stillstände von einer Viertel- oder gar einer halben Stunde an Trossies beim Abziehen ergeben bei den zurzeit laufenden groben Nummern pro Tag einen nicht geringen Produktionsausfall. Hier liegt nicht nur Schädigung der Arbeiterin, sondern auch ein Verlust der Firma vor. Die Feststellung der gesprochenen Mängel der einzelnen Maschinen müßte doch auch wohl auf genauere fortgeschrittenere Art erfolgen. Gerade bei so unterschiedlicher Größe und Gewicht, wie man sie hier hat, lassen eine exakte Gewichtsbestimmung, nicht zu. Dies führt zu einer ganz falschen Abschätzung und damit zu der sich daraus ergebenden Behauptung der „Nichtleistungsfähigkeit“ oder gar „Faulheit“ der Arbeiterinnen.

Auch die Vorspinnerei weist oft Mängel in der Organisation und Zusammenfassung des Arbeitsprozesses auf. Zweckmäßige Einteilung wäre auch hier für Arbeiter und Firma von Vorteil. Außerdem wird auch hier bei der Feststellung der Produktionsmöglichkeit der einzelnen Maschinen seitens der Firma ein viel zu geringer Prozentsatz für die bedingten Stillstände zugegeben. Stillstände ergeben sich erstens unvermeidbar durch Fadenbruch, zweitens durch das Abziehen. Die ältere oder neuere Konstruktion der Maschinen spielt auch eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Zum Schluß noch eine kurze psychologische Betrachtung. Sagt man einem Menschen immer oder gibt man ihm durch die ihm zuteil werdende Behandlung zu verstehen „Du bist ein Verbrecher“, so kann er es, je nach Charakter und Veranlagung eventuell auch werden. Sagt oder gibt man Arbeitern dauernd zu verstehen, ihr seid dumm, faul, nicht leistungsfähig, so wird sich ihrer mit der Zeit Anlust, Unsicherheit und Interesslosigkeit bemächtigen. Die Arbeitskraft und -freude wird sozusagen totgeschlagen. Ob sich das zum Vorteil der Firma auswirkt, ist doch sehr zu bezweifeln.

Ein Unterhaltungsabend.

Die Arbeiterinnengruppe der Filiale Gera veranstaltet in jedem Vierteljahr einen Unterhaltungsabend. Diesmal fand er am 7. Mai im Gasthaus zum Adler, Gera, Hauptstraße, statt. Mitwirkende waren u. a. Schauspieler Hermann Gera und Musiker Ernst Breischneider-Gera.

Dieser Unterhaltungsabend enthielt im 1. Teil etwas ernstere, im 2. Teil kamen die heiteren Vorträge zur Geltung. Der Inhalt aller Vorträge, auch der musikalischen, wurde vorher etwas erörtert und hierbei wurde größte Aufmerksamkeit für das was kommende ergibt.

In der Zwischenpause hielt Kollege Max Schmidt eine kleine Ansprache, hervorhebend, daß die weiblichen Funktionäre des

Der Mensch soll arbeiten; aber nicht wie ein Esel, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufsteht. Er soll ausflugs, mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist.

Verbandes in Gera in letzter Zeit viel Aktivität für den Verband gezeigt haben, und hoffentlich werde diese Aktivität in Zukunft noch gesteigert. Nützlich sei dies besonders in der jetzigen etwas ungünstigen Geschäftslage.

Am Schluß gab die Kollegin Elise Weber noch einen Hinweis auf die Pflichterfüllung am 1. Mai zur Reichstagswahl, weiter auf den Familienferienausflug am 2. Pfingstfesttag nach Bad Nauheim. Dann gab sie einer Kollegin, die in wenigen Tagen nach Amerika abreist, viele Wünsche mit auf den Weg, und hoffte, daß sie auch in der neuen Heimat ebenfalls für die Interessen der Arbeiterschaft tätig bleibe.

Ende August 1928 soll wiederum ein Unterhaltungsabend für die Arbeiterinnengruppe Gera eingeschoben werden. Wenn möglich, soll als Mitwirkende die Gruppe Hofmann-Berlin gewonnen werden.

Nachricht des Arbeiterinnensekretariats: Vielleicht wird bei solchen Berichten auch etwas über den Inhalt der künstlerischen Darbietungen gesagt. Gerade da fehlt's oft an geeigneten Sachen. Ein erprobtes Programm könnte deshalb auch anderen Ratgeber sein.

Stillgeld in der Wochenhilfe.

Nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung hat die Wöchnerin neben den sonstigen Leistungen der Wochenhilfe auch auf ein sogenanntes „Stillgeld“ Anspruch. Dieses Stillgeld wird jedoch nur dann gewährt, wenn die Wöchnerin ihr Kind selbst stillt. Ist dies nicht der Fall, so wird auch kein Stillgeld gezahlt. Es handelt sich im tieferen Sinne bei dieser Leistung um eine bevölkerungspolitische Maßnahme. Der Wert des Selbststillens durch die Mutter, im Gegensatz zur anderweitigen (Flaschenernährung) Ernährung des Säuglings ist allbekannt und wird durch jeden Arzt bestätigt. Nicht nur, daß die Kinder kräftiger und gesünder werden, auch für die Mutter selbst soll nach der wissenschaftlichen Ueberzeugung das Stillen ihres Kindes nur Vorteile bringen. Da nun ein kräftiger und gesunder Nachwuchs nicht nur wirtschaftlich notwendig, sondern auch aus anderen Gründen erwünscht ist, nimmt es kein Wunder, wenn die natürliche Ernährung des Säuglings durch die Mutter von allen maßgebenden Stellen und Personen propagiert wird. Das Stillgeld wird vom Tage der Geburt an solange gewährt, wie die Mutter das Kind selbst stillt. Höchstens jedoch auf die Dauer von 12 Wochen. Das Stillgeld ist nicht zu zahlen, wenn die Mutter an Stelle ihres eigenen Kindes fremde Kinder stillt, oder wenn ihr Kind durch eine Amme gestillt wird. Es ist nicht nötig, daß die Mutter dem Kind ausschließlich die Brust reicht; sobald und solange sie nur das Kind stillt und die Ernährung an der Brust gegenüber der sonstigen Nahrung nicht von allzu geringer Bedeutung ist, besteht der Anspruch auf Stillgeld ebenfalls. Das Stillgeld wird in halber Höhe des Krankengeldes gewährt, auf das die Wöchnerin nach ihrer Klasseneinteilung Anspruch hat. Der Vorstand der Kasse kann jedoch einen Höchstbetrag für das Stillgeld festlegen. Von dieser Ermächtigung dürfte die Mehrzahl der Kassen Gebrauch gemacht haben. Als Mindestbetrag für das Stillgeld ist in der Reichsversicherungsordnung ein Betrag in Höhe von 25 Pf. täglich festgelegt. Den Nachweis, daß das Kind gestillt wird, hat die Wöchnerin der Kasse zu erbringen. Es kann dies geschehen durch Bescheinigungen des Arztes und der Hebamme. Am empfehlenswertesten ist es, wenn diese Stillbescheinigungen durch die heute an allen größeren Plätzen bestehenden öffentlichen Mütterberatungs-, Säuglingsfürsorgestellen usw. geschehen. Erstens erfolgt bei diesen Stellen die Bescheinigung meist kostenlos, zum anderen kann sich auch die Mutter bei dieser Gelegenheit von den erwähnten Stellen auch in anderen Angelegenheiten Rat und Auskunft holen. Das Stillgeld ist von der zuständigen Kasse auf Verlangen der Wöchnerin wöchentlich auszahlbar. Von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit für die Versicherten ist, daß das Stillgeld für jedes Kind zu gewähren ist. Wenn also bei Zwillinggeburten beide Kinder von der Mutter ernährt werden, ist das Stillgeld auch zweimal zu zahlen.

Wie eingangs erwähnt worden ist, wird das Stillgeld nur dann gezahlt, wenn die Mutter das Kind selbst stillt. Es gibt jedoch hieron einen wenig bekannten Ausnahmefall. Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die Leistungen (Wochengeld und auch Stillgeld) bis zum tagungsmäßigen Ende der Bezugszeit an den weiter gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

Alle die bisher aufgeführten gesetzlichen Vorschriften gelten in den Fällen, in denen die Kindesmutter selbst Mitglied ist. Sie gelten im großen und ganzen (mit Ausnahme der letzten Bestimmung) auch für die sogenannte Familienwochenhilfe. Familienwochenhilfe wird an die Ehefrauen, Töchter und Stieftöchter der Versicherten gewährt, die selbst keinen Anspruch auf Wochenhilfe haben. Als Betrag wird in diesen Fällen als Stillgeld ein täglicher Satz von 25 Pf. gewährt. Die Kassensatzung kann jedoch in der Familienwochenhilfe das Stillgeld bis auf den halben Betrag des Krankengeldes des Versicherten erhöhen. R1-5.

Der Baldamus und seine Streiche

Roman von D. Wöhle.

Herausgegeben und zu beziehen durch: Der Buchkreis G. m. b. H., Berlin, Belle-Alliance-Platz. (2. Fortsetzung.)

Was wahr ist, muß wahr bleiben. Ich gebe zu: Ich war ein Hans Dampf in allen Gassen und plagte mich lieber bei fremden Leuten um nichts und wieder nichts mit Besorgungen und Krümpelarbeiten, als daß ich zu Hause freiwillig auch nur einen Finger rührte. Aber das muß ich ebenfalls sagen: die vielen Prügel waren es, die mich rebellisch und tückisch machten, die Art und Weise, wie sie gegeben und die Ursache, warum sie gegeben wurden. Der große Theodor hielt sich an den Spruch der Bibel: Wer sein Kind liebt, der züchtigt es! So troff dem Gottes Segen zu reichlich auf mich hernieder.

Einesmal, im Hochsommer, konnte ich kein fettes Fleisch essen: es efierte mich, wenn ich das fettige, gelbe Zeug so schwadrig in der Schüssel liegen sah. Sauer stieg's mir den Hals hinauf, ich mußte mich beinahe erbrechen. Der Vater, in seiner Jähzorn, nahm mein Geschichtschneiden für Trost und kam in eine solche Wut, daß er mir die Gabel, die er gerade in der Hand hatte, ins Gesicht warf. Die scharfen Spitzen rissen mir ein ordentliches Loch in die Backengehüt und das Blut sprudelte aus mir heraus wie bei einem gepöblten Küller. Das war aber nicht alles! Zur Strafe mußte ich, derweil die anderen fertig aßen, eine Viertelstunde lang die leere Gabel an den Mund führ'n und so tun, als ob ich die schönsten Bissen aße! Nachher wurde ich mit dem Wäschseil für einige Stunden an den Stollen der Bettlade gebunden, so daß ich nicht zu den Kameraden in der Gasse konnte. Ich hörte sie draußen lustig tun und schreien und sammelte deshalb eine große Wut an über meine schmähliche Gefangenschaft. Kaum hatte mich der große Theodor wieder losgebunden, so streckte ich ihm, bäh!, die Zunge heraus, um mich in Sicherheit zu bringen, sofort aus dem Fenster und rannte nach dem Garten. Er, nicht faul, packte seinen ledernen Riemen, den er sonst zur Arbeit brauchte, den mit der großen Eisenkralle, und sprang mir nach. Ich in meinen Lobesängeln aus dem Garten hinaus ins offene Feld. Aber er konnte viel längere Schritte machen als ich, und so holte er mich denn schon bei Gölsch's Wägen ein, legte mich übers Knie und schwartete mich ab. Ich schrie, was ich konnte: „Mord! Mord!“

Das konnte der tückische Gölsch, der auf dem Acker nebenan

die Frühkartoffeln ausnahm, nicht mehr länger miterleben. Er rief: „Sagt doch euren Buben sein, Baldamus, er ist schon geschlagen genug!“ Da kam er an den Halschen!

„Das ist mein Bub, mit dem kann ich machen, was ich will. Und wenn ich ihn auch totschlag, das geht euch keinen Dreck an! Hacht lieber eurer Sau die Kartoffeln aus, damit sie endlich was zu fressen kriegt und Speck ansetzen kann, das ist gescheiter, sonst verreckt sie noch vor lauter Eiern!“ Da hatte er den Gölsch, diesen Murrbruder, gerade an der rechten Stelle erwählt. Er gab eine gepfefferte Antwort, stellte schurktrucks seine Hocke hin und eins, zwei, drei hatten sich die beiden wütenden Hähne am Kragen und richteten sich derart zu, daß wirklich die Federn flogen. Derweilen verduftete ich mich.

Auch in der Schule bekam ich mehr Prügel als Fressen. Zwar der erste Lehrer, der Stern, der war gut. Mit dem konnte man lachen. Er hatte immer ein paar Blumen in einem Glas auf dem Pult stehen und erzählte uns jeden Tag eine neue schöne Geschichte. Als er verfehlt wurde, gingen wir alle — die ganze Klasse — bis zum Bahnhof mit und heulten wie bei einem Begräbnis. So gern hatten wir ihn.

Aber der zweite, der Blaisy, mit dem war nicht viel anzufangen, der schmeigte sich jedesmal vor der Besangsstunde und stopfte sich dann eine gewaltige Portion Schmalzler ins Nasloch. Als ich einmal lachen mußte, weil er einen Knopf am Hosensack offen hatte, schlug er mich mit dem Geigenbogen, mit dem er taktierte, gerade in den Mund. Da hatte er aber nicht mit meinem Eckzahngerechnet. An dem blöden die Geigenbogenspitze hängen und zerbrach. Die Prügel, die diesem Unfall folgten, waren bestimmt nicht von Pappe. Außerdem schrieb er dem Vater einen Brief, daß dieser für den zerbrochenen Fiebelbogen auskommen müsse. Dies Schreiben ließ aber den großen Theodor kalt. Er richtete dem Herrn Unterlehrer aus, er möge künftighin einen Hofeinhüh-Wedden als Züchtigungsinstrument brauchen. Die Mädchen in der Hardt in Hülle und Fülle und brauchten nur geschneitten zu werden, für den Fall, daß einer kaputt ginge.

Doch noch viel schlimmer als der Blaisy war der Hauptlehrer Drifschel. Das war ganz sicher ein beurlaubter Leutsel, nur zu dem Zweck auf die Erde gesetzt, um uns Kinder zu schinden und zu plagen. Dem waren die Augenbrauen über der Nase zusammengeklappt. Dem waren die Augenbrauen über der Nase zusammengeklappt. Dem waren die Augenbrauen über der Nase zusammengeklappt. Er sah aus, als ob ihm einer mit Kohlen zum Tag einen schwarzen Strich an den schwarzen Stirnrand gezeichnet hätte.

Wo er mich erwählte, im dunklen Schußgang, oder wenn ich bei ihm die Landkarte holen mußte, knuffte und puffte und pfeifte er mich, so daß ich schließlich vor lauter Angst schon Flecken bekam, wenn ich den Burschen nur von weitem sah. Einmal schnalzte er mich sogar mit Bedenken auf eine Bank und verhielt mich gotteslästerlich. Daheim trauete ich nicht, etwas zu sagen, ich hatte Angst, ich befäme nach eine gebrühte Ladung dazu. Denn ich war nach sieben Uhr abends noch auf der Straße gesehen worden, was nach Ortsrichts Reglement eine Todsünde war. Der Mutter fiel auf, daß ich beim Mittagessen gar keinen Stuhl mehr nahm und daß ich die Schulaufgaben alle im Stehen machte. Ich konnte mich nämlich nicht hinsetzen, sonst fuhr ich vor Schmerz in die Luft, so war ich zugerichtet von diesem merkwürdigen Nachfolger Pestalozzis. Als die Mutter die Sache erfahren hatte, sagte sie's dem Vater. Der ging, geschwollen vor Wut, zum Doktor Wallart. Der untersuchte mich und ließ den Vorfall in die Zeitung setzen. Das gab Staub im Ort!

Auch sonst hat der Vater uns Kinder da, wo wir wirklich im Recht waren, gegen fremde Leute in Schutz genommen. Sein Recht auf Handgreiflichkeiten der eigenen Brut gegenüber ließ er sich von niemanden antasten. Einst rannte mir der älteste Sohn des Fabrikdirektors nach, ein langer, giftiger Flegel, der richtige Kogelbube, dem ständig die Nase troff vom grünen Choder. Ich rettete mich gerade noch in unseren Hof, aber wie ich um die Ecke will, trifft mich ein faustgroßer Backenstein von ihm an den Kopf. Der Aufschrei, als ich an den Gartenhag fiel, und mein Geschrei waren so groß, daß der Vater ans Fenster kam, um zu schauen, was es gäbe. Da sah er denn das Blut von meinem Teller herunterlaufen wie Wasser aus einem Leitungshahn, und nicht faul, den bekannten Satz aus dem Fenster, hopp!, und meinem Verfolger nach. Das gab eine heitere Jagd. Das hatte Dorf verammelte sich unterdessen und schaute zu. Der lange Brachmann verstaute in einem verzweifelten Bogen nach seines Vaters Villa hinüberzuweichen, aber der große Theodor schnitzte ihm den Weg ab, kriegte ihn am Eckwäntchen zu fassen und verjohlte den Roger dermaßen, daß er in seinem ganzen nachherigen Leben keinen Stein mehr anrührte, geschweige denn einen warf. Das wollte viel heißen von meinem Vater, daß er alle Rücklichter so hellstezte und Selbstzufrieden übte; denn der Fabrikdirektor war ein mächtiger Mann, regierte über zweitausend Menschen und war Vaters beste Freundschaft. Selbstverständlich kaufte er von da ab seine Schuhe wo anders. Das machte aber dem Baldamus nichts. Der sagte: die Prügel sind den Schanden wert! (Fortf. folgt.)

Das werttätige Indien.

(Positive Lösung des Ueberseeproblems.)

Die beiden Indienfahrer, Schrader und Furtwängler, haben jetzt in einem fast 450 Seiten starken Buche Bericht über ihre Reise erstattet. Das Buch ist im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschienen und vom Deutschen Textilarbeiterverband herausgegeben. Man muß sagen, es ist eine Ueberraschung, und zwar eine sehr angenehme Ueberraschung. Unsere beiden Genossen haben den trüben, unheimlichen Ton der traditionellen Reisebeschreibungen vermieden. In Bildern lebendigen Anschauens lösen sie auch die schwierigste Aufgabe, die Stellungnahme der deutschen Arbeitererschaft zu einem der wichtigsten Probleme der Nachkriegszeit, der Industrialisierung überseeischer Länder und ihrer Auswirkung auf die europäischen Märkte, in konstruktiver Form darzulegen. Das Buch wird ohne Zweifel auch in solchen Kreisen Beachtung finden, die nicht unmittelbar mit der modernen Arbeiterbewegung zu tun haben. Die beiden Verfasser geben aber darüber hinaus unter dem Namen des Buches ein wertvolles Buch in die Hand.

Herrmann Jäckel skizziert in seinem Vorwort das Problem: „Als Europa während des Weltkrieges seine Industrien für den Kriegszweck mobilisierte und die außereuropäischen Länder, die es bis dahin mit den Erzeugnissen seiner Industrie belieferte, sich selbst überließ, so lag vor ihnen Munition, Textilien und manches andere bereit, was es jenen Ländern den Zwang oder den Anreiz, eigene Industrien zu schaffen oder in einem bis dahin nie gekannten Tempo zu entwickeln. So entstand jener außereuropäische Industrialismus, der namentlich in den Vereinigten Staaten Nordamerikas einen Umfang annahm, mit welchem jenes Land sich heute, ausgerüstet mit dem modernsten Produktionsapparat der Welt, als gefährlichsten und dauernden Weltmarktkonkurrenten in den verschiedensten Produktionszweigen neben die alten Industriestaaten Europas stellt, und diesen die Abnahmorte der Welt erfolgreich freitig macht.“

Die Industrialisierung von Uebersee hat sich in mannigfacher Art und Weise auf die alten Werkstätten der Welt, auf den westeuropäischen Industriekomplex ausgewirkt. Nordamerika hat nicht nur seine Warenexporte, sondern auch seine Warenimporte, vergrößert mit der Zeit nach dem Kriege, gesteigert. Ob sich Export und Import in gleicher Weise entwickelten, tut vorläufig gar nichts zur Sache. Wichtig ist, daß ein Land, das jetzt mehr Fertigwaren auf den Weltmarkt wirft, auch in gesteigertem Maße als Abnehmer fremder Waren in Frage kommt. Das ist die natürlichste Lösung, die das Problem der Industrialisierung überseeischer Länder lösen kann. Kein Mensch in Europa, abgesehen von ein paar wirtschaftlichen Selbstmördern, denkt auch heute daran, gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Wirtschaftskrieg mit dem Ziel zu führen, die nordamerikanischen Exporteure von den Märkten zu verdrängen. Das würde wohl auch vergebliches Bemühen sein. Nicht so glücklich liegt jedoch das Problem in anderen Ländern. Als Beispiel wollen wir Argentinien und Brasilien erwähnen. Argentinien beschränkt sich auf die Entwicklung des Ackerbaus und der Viehzucht und beansprucht die Rolle des Großexporteurs für Getreide und Fleisch auf dem Weltmarkt. Dem entsprechend hat es auf die Entwicklung einer eigenen Industrie verzichtet und hält seine Grenzen für die Einfuhr fremder, möglichst billiger Erzeugnisse offen. Brasilien entwickelt seit geraumer Zeit eigene Industrien, u. a. eine sehr umfangreiche Textilindustrie, die sich auf heimische Rohstoffe stützt. Demzufolge verfolgt es die Politik der Abschließung gegenüber fremder Wareneinfuhr. Entsprechend der völligen verschiedenen Politik beider Länder sind die Auswirkungen auf die Voraussetzungen jedes Wirtschaftens, den Bedarf der Bevölkerung nach Industriewaren, verschieden. In Argentinien gewöhnt sich die Bevölkerung nur langsam an einen vermehrten Warenverbrauch, während in Brasilien das Bedürfnis nach fremder Ware in den Nachkriegsjahren stark gestiegen ist. Es scheint so, als ob es eine bodenständige Industrie geschaffen werden müßte, um der höheren Qualitäten europäischer Industriewaren den Weg in die jungen Länder zu öffnen. Die Erziehung zum Verbrauch hochwertiger europäischer Waren scheint ein Prozeß zu sein, der mit einer eigenen Industrie im Lande verbunden ist.

Für Indien scheinen die Dinge — und in dieser Auffassung werden wir durch die Lektüre des neuen Indienbuches bestätigt — so zu liegen, daß sich früher oder später eine Lösung finden läßt, wie sie sich in Nordamerika von selbst angebahnt hat. Schauen wir einmal nach, wie sich das indische Industrialisierungsproblem ausprägt. Es gehört zu jenem Fragenkomplex, für den man in den letzten Monaten das Wort östliche Textilkrise gefunden hat. Diese Krise ist nicht auf Indien beschränkt, sondern sie läßt sich in fast allen ostasiatischen Ländern beobachten. Da ist einmal die zunehmende Befriedigung des Binnenbedarfs durch die heimische Produktion. Ob die ostasiatischen Großstädter kaufen oder nicht kaufen, das war im Laufe des Winters 1927/28 eine Tatsache, die Märkte und Preise in der europäischen Baumwollindustrie, besonders in der englischen, stark freizulieferte. Da ist weiter die japanische SeidenvalORIZATION und die finanzielle Subventionierung der japanischen Baumwollindustrie, während Indien selbst mit Einfuhrverboten und Schutzzöllen exportieren zu müssen glaubt. Durch die Behandlung des Problems von einem engherzigen nationalen Standpunkt aus mit durchwegs protektionistischen Rücksichten hat man den ganzen Fragenkomplex, der in Nordamerika eine so kläglich einfache Lösung erhielt, völlig verwickelt. Den Schaden trägt Europa. Die Befriedigung mit Waren, wie sie vor dem Kriege üblich war, geht rasend schnell zurück. Für die Ausfuhr von besseren Waren, die gewöhnlich Käufer aufzunehmen pflegen, die bereits selbst Eigenbedürfnisse entwickeln, bietet sich aber keine Aussicht. Wie lange wird es dauern, und die ostasiatischen Textilindustrien werden den europäischen Fabriken auch auf neutralem Boden Konkurrenz machen. Indien ist im letzten Winter zum ersten Male als Baumwollverfälscher auf dem nordamerikanischen Markt erschienen. Der Schluß liegt nahe, daß man in Indien früher oder später auf den Gedanken kommen, die Rohstoffläufe im fremden Lande durch heimische Produktion nach dem Zustande auszugleichen.

Die Fragen, die sich aus dieser Gleichung ergeben, kann man sich vorstellen beantworten. Da die indischen Fabriken auf Grund ihrer billigeren Preise Terrain erobern, liegt der Gedanke nahe, die europäischen Preise ebenfalls herabzusetzen. Das bedeutet für die Arbeitererschaft Lohnrückgang und für die europäischen Textilindustrien Preisrückgang, ohne daß eine Spur von Aussicht vorhanden ist, die indische Konkurrenz zu schlagen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in Indien ist verhältnismäßig nicht so groß wie man anzunehmen sollte. Erst auf sechs bis sieben Bauern kommt ein Arbeiter, und selbst von ihnen haben manche noch keine Grundstücke, die sie neben ihrer Lohnarbeit bebauen. Immerhin machen sie schon ihren Familienangehörigen eine Verdienstrahlung von 40 Rupees aus. Die Tageslöhne betragen in den einzelnen Provinzen und Schreien zwischen 60 und 80 Pf., aber sind sie in einzelnen Teilen des Landes während einzelner Monate des Jahres beizufügen.

„Schrader-Furtwängler.“ Das Lohnniveau ist in Indien so phantastisch niedrig, daß ein Arbeiter in der europäischen Fabrik mit diesen Löhnen, Lohnrückgang und Preisrückgang, gar nicht in Frage kommt. Jedes Dumping gegen Indien, jede Konkurrenz mit Hilfe von Preisen, die unter dem Preisstand des Konkurrenzlandes liegen, muß unheilvoll enden und hat so wenig Aussicht, daß man erst gar nicht damit anfangen soll. Die Konkurrenzfrage im Sinne eines Dumpings zu beantworten, heißt auch negative Antwort. Wir müssen eine positive Einstellung finden, wie sie z. B. Hermann Jäckel in seinem Vorwort andeutet, wenn er von einer Steigerung der indischen Kaufkraft spricht: Indien muß ein größerer Lieferant für den Weltmarkt werden, wenn es wieder vermehrt europäische Waren abnehmen soll.

Wenn wir einmal bei der Vergleichen mit Amerika bleiben wollen, so ist festzustellen, daß das Vermögen Indiens als Rohstofflieferant nur zu einem geringen Grade ausgenutzt wird. Schrader und Furtwängler geben in einem Umriß der indischen Volkswirtschaft sehr interessante Zahlen. Sie sind geeignet, im ersten Augenblick zu imponieren. Indien erzeugte im Jahre 1925 rund 6 Millionen Ballen Baumwolle, 1,2 Millionen Hektar Landes sind mit Jutefasern bepflanzt. Die Reisernte betrug 475 Millionen Doppelzentner, die größte in der ganzen Welt, da China nur 300 Millionen Doppelzentner produzierte. An Weizen wurden 90 Millionen Doppelzentner geerntet usw. Das erscheint unheimlich viel. Was bedeuten aber diese Mengen gegenüber den weiten Flächen des Landes und der Fruchtbarkeit des jungfräulichen Bodens? Besagt nicht die Tatsache genug, daß Indien jährlich nur ungefähr 8000 Tonnen künstliche Düngemittel einführt, daß der Export des Landes (Schrader und Furtwängler, S. 83) zum Teil erzwungen werden muß, und daß die Textilindustrie dieses Landes sich vor kurzem mit nordamerikanischer Baumwolle eindecken mußte? Können wir, die wir seit Jahrzehnten unter einer mangelnden Produktivität unserer Landwirtschaft leiden, auf die Güter Indiens überhaupt verzichten? Muß früher oder später nicht Indien die Rolle übernehmen, die Nordamerika jahrzehntelang in der Weltwirtschaft innegehabt hat? Schrader und Furtwängler betonen in ihrem Buche: „Ein freies Indien ist die größte Hoffnung der ganzen Menschheit, als Abnehmer der Erzeugnisse der Industriestaaten und als Lieferant gewaltiger Ernteeüberschüsse.“ Damit ist die positive Antwort auf alle jene Fragen gegeben, die das Rätsel Indien birgt.

Voraussetzung scheint uns aber zu sein, daß Indien einer Weltwirtschaft einbezogen wird, wie wir sie kennen und wie wir sie betreiben. Die wirtschaftliche Struktur Indiens scheint durchweg von einer Dorfwirtschaft beherrscht zu werden, die sich selbst genügt und die heute noch alljährlich Milliardenwerte verpumpt. Ob das Volk an und für sich heute schon reif genug ist, um den Schritt in eine strenge moderne Landwirtschaft zu tun und die Umstellung seines Wirtschaftssystems vorzunehmen, ob sich die Umstellung unter Herrschaft der Engländer schneller vollziehen wird oder nicht, kann natürlich an dieser Stelle nicht entschieden werden. Der Frage scheint auch nicht die Wichtigkeit innezuwohnen, die ihr gewöhnlich beigelegt wird. Fest steht, daß der erweiterte Markt erst die Umstellung des indischen Ackerbaus nach sich ziehen kann und daß der Markt nur durch die Entwicklung einer eigenen Industrie erweitert wird. Industrie hat Indien immer gehabt. Während des Krieges erfolgte nur eine Ausdehnung in rasend schnellem Tempo. Daß diese Ausdehnung und Ausweitung aber nicht oder nicht genügend auf die indische Landwirtschaft zurückwirkte, daß sie die Rände für die Einfuhr besserer europäischer Industriewaren nach Indien, als Ersatz und Ausgleich für den Export primitiver Waren öffnete, liegt daran, daß sich die Kaufkraft des Volkes, also hier in erster Linie der industriellen Bevölkerung nicht genügend steigerte. Auch in den sogenannten normalen Zeiten führt die Weltwirtschaft des indischen Bauernvolkes (bei den eigentlichen Industriearbeitern ist es nicht anders) ein Stagnationsleben, und der Engländer Sir William Digby, der während eines Menschenalters im hohen indischen Verwaltungsdienste stand, stellt fest, daß eine volle Hälfte, d. h. 100 Millionen der indischen Bauern, sich nicht ein einziges Mal in ihrem Leben kaffeesäen können.“ (Schrader und Furtwängler, S. 94.) Soll man von einem solchen Volk verlangen, daß es Waren der europäischen Qualitätsindustrie kauft? Dieses Verlangen wäre ebenso sinnlos wie die Auffassung, die indische Konkurrenz unter allen Umständen brechen zu müssen. Europa darf gegen Indien nicht in Wirtschaftskriegen kämpfen. Will es seine Ausfuhr nach Indien retten, so hat es nur die Aufgabe, die Kaufkraft des indischen Volkes zu stärken. Denn wie überall im Leben kann auch hier nur die eine Hand die andere waschen.

Es sei eine gesteigerte europäische Lebenshaltung mit ihren ungeheuren Anforderungen an die Agrarprodukt der Erde — sie erst kann den nötigen Markt für eine leistungsfähige Agrarproduktion in Uebersee schaffen — auswirken wird, ist nur eine Hoffnung für die Stärkung der indischen Kaufkraft vorhanden: der Vormarsch der Gewerkschaften in Indien. In dem Maße, wie es den indischen Gewerkschaften glückt, die Reallohn- und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu erhöhen, erweisen sie sich als weltwirtschaftlicher Faktor, als Schlüssel für die Lösung eines internationalen Wirtschaftsproblems, dessen Gefahren in den letzten Jahren oft greifbar wurden und die jeden Augenblick die Entwicklung in den europäischen Ländern bedrohen können.

Die erste Bundeschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beginnt demnächst in Bernau bei Berlin mit dem Bau seiner ersten Bundeschule. Diese Schule gibt den Kurzen der dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften eine Heimstätte. Es handelt sich vornehmlich um die Führungsturse von vierwöchiger Dauer für die ehrenamtlichen Helfer und Mitarbeiter sowie für Betriebsräte. Einige Hauptabteilungen (Volkswirtschaft, Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Gewerkschaftswesen) werden von Hauptamtlichen, in der Schule wohnenden Lehrern unterrichtet. Die aus den Besonderheiten der Berufe, der Betriebsverhältnisse und der besonderen Aufgaben der Gewerkschaften erwachsenden Materialien behandeln als Gastlehrer hauptsächlich Mitglieder der Vorstände der einzelnen Gewerkschaften. Weiter ist die Belehrung über Berufsgesahren, Berufskrankheiten und Unfallschutz gedacht. Der Betriebswirtschaftslehre, wie überhaupt den technischen und sozialen Lebensfragen des Betriebes wird besondere Wert zugewendet werden. Fortgeschrittenenkurse von längerer Dauer in Form von Speziallehrgängen, in denen die Schüler sich für bestimmte Aufgabengebiete gründlicher vorbereiten können, sind gleichfalls in Aussicht genommen.

Die Schule ist ein Internat und kann 120 Personen aufnehmen. Die Besucher der Schule wohnen und arbeiten in einfachen aber wohnlich und harmonisch eingerichteten Einzelzimmern für je zwei Personen. Die Kosten für den Aufenthalt tragen die entsendenden Verbände, welche außerdem noch erhebliche Mittel für Reisekosten, Büchergebühren und Abgeltung für den Arbeitsausfall aufbringen. Die Schule hat das Ziel, die Funktionäre für die Tätigkeit in der gewerkschaftlichen Organisation und für die Mitarbeit in den Körperschaften der staatlichen und kommunalen sowie den Institutionen der sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu schulen. Frei von der täglichen Arbeit, fern ihrer engen, licht- und luftlosen Wohnungen in den Arbeitervierteln der Großstädte, sollen die Besucher die Schulwochen zugleich als Erholung empfinden. Die Schule wird in ihrer Raumgestaltung den Schülern einen Eindruck erstreben, welcher Wohltun vermittelt. Es sind darum außer den Räumen für den Lehrbetrieb, die den modernsten Erfordernissen eine Erwachsenenbildung gerecht werden, weitere Räumlichkeiten für die Geselligkeit und für das Gemeinschaftsleben vorgesehen, um der Pflege der menschlichen Beziehungen zu dienen. Eine Aula für Festlichkeiten und Feiern, reichhaltige Sportanlagen, Einrichtungen für Körperpflege und Körperhygiene sowie die erforderlichen Nebenräume für Wirtschaft, Verwaltung u. a. ergänzen die Schulanlage. Die Schule ist landschaftlich reizvoll inmitten einer Waldlichtung am Waldweg Schönow-Banke nahe der Chaussee Bernau-Wandlitz, etwa 4 Kilometer vom Bahnhof Bernau entfernt, gelegen. Die Stadt hat in großzügiger Weise das Gelände zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, das sogenannte Versorgungsnetz (Gas, Wasser, Strom, Kanalisation) bis zum Standort der Schule auszubauen.

Für die künstlerische Lösung des Bauvorhabens hat der Bundesvorstand einen engeren Wettbewerb veranstaltet, zu dem die Architekten Max Berg-Berlin, Ludwig Berlin, Erich Mendelsohn-Berlin, Max Laut-Berlin, Hannes Meyer-Dessau, Klement-Hamburg und gefordert waren. Das Preisgericht, dem aus Fachkreisen die Herren Professor Tessemow, Stadtbaurat Dr. Martin Wagner und Dr. Hans Behne angehörten, bewertete den Entwurf des Architekten Hannes Meyer, dem Leiter des Bauhauses Dessau, als beste künstlerische und technische Lösung. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nunmehr Herrn Meyer-Dessau mit der endgültigen Bearbeitung und Bauleitung beauftragt.

Der Entwurf erfüllt in fast jeder Hinsicht eine glänzende Beurteilung. Der Plan geht dem Sinn dieser Heimchule entsprechend, auf eine zentrale Lodierung der Bauteile und nicht auf konzentrische Anordnung von Bauteilen. Grundgedanke des Entwurfs ist infolgedessen die Auflösung der großen Gemeinschaft in kleinere, unter sich verbundene Gemeinschaftsgruppen; der Kreis von je zehn Menschen wird zum Träger des schulischen Lebens wie der baulichen Gliederung. Die Gebäudeanlage fügt sich der Landschaft ein, die Anordnung der einzelnen Elemente (Schule, Wohnheim usw.) auf dem Baugelände und deren Beziehungen untereinander wird bestimmt durch die Organisation des Schul- und Gemeinschaftslebens.

Die Bundeschule in Bernau ist nicht nur eine innergewerkschaftliche Angelegenheit. Die Wochen, welche die aus den Betrieben kommenden Arbeiter, in dieser modernen Heimchule verbringen, sind gedacht als ein unter großen Gesichtspunkten unternommener Versuch zu praktischer Gestaltung von Freizeiten inmitten des beruflichen Lebens für eine Schicht der Bevölkerung, denen solche Möglichkeiten der Sammlung, der Schulung, der körperlichen und geistigen Erfrischung fehlen. Sie wird zusammen mit der zweiten Bundeschule, die im nächsten Jahr errichtet werden soll, eine der wichtigsten Stützen der Arbeiterbildung und schon dadurch in dem gesamten System unseres öffentlichen und freien Bildungswesens mit der Zeit ein bedeutender Faktor werden. Denn das Problem der Arbeiterbildung ist der Sache nach das Kernproblem der Volkserziehung; seine Lösung ist eine nationale Aufgabe, die der heutigen Generation gestellt ist.

Surzeit sind die Beratungen über die endgültige Ausführung im Gange, mit dem Bau wird in wenigen Wochen begonnen werden.

Literatur.

Arbeits-Gewerkschaft. Das sechste Heft dieser sozialistischen Monatszeitschrift, herausgegeben von S. Fuchs, dem Leiter der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, ist soeben erschienen. Aus dem Inhalte dieser neuen Nummer sei besonders erwähnt: Gedicht, Sprache, Volkstum; die Schwierigkeiten der Groß- und Kleinschreibung in der deutschen Sprache; Französisch für Bergarbeiter; Englisch (mit Aussprachezeichnung) für Anfänger und Bergarbeiter; Hinweise für Auswanderer. Der Bezugsvorbehalt beträgt vierteljährlich 1,20 Mk. Das Einzelheft kostet 40 Pf. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die Betriebsbuchhandlungen, durch den Hog-Verlag, Berlin 2, 57, oder durch die Buchhandlungen.

Größte Produktion der Welt!



Reklamepreis nur 4.- Mk.
 kostet echte deutsche Herren-Anker-Uhr Nr. 52, stark vernickelt, ca. 30 std. Werk, genau reguliert nur 4.00 Mk.
 Nr. 51 dieselbe versilbert u. Goldrand 5.00
 Nr. 53 dieselbe mit brennendem Stein 6.50
 Nr. 55 dieselbe aber kleinere Form 9.00
 Nr. 58 mit Sprungdeckel, ganz verguldet 12.50
 Nr. 59 Damenuhr, versilb., m. Goldrand 7.50
 Nr. 79 dieselbe, kleineres Format 10.00
 Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 10 Steine 15.00
 Nr. 47 Armbanduhr mit Riemen 5.00
 Nr. 44 dies., kleine Form m. brenn. Werk 12.00
 Nr. 92 Wecker, in Messingwerk 3.50
 Metall-Uhrkapsel 0.25
 Panzerkette, vernickelt 0.50
 echt versilbert nur 1.50, echt verguldet 2.00
 Goldkettchen 5.00

Unser Leser erhalten 1 Mark Nachzahlung und 1 Kapsel gratis bei Einsendung dieses Inserates und Bestellung einer Uhr zu 2.50 Mk. oder mehr.

Uhren-Klasse, Berlin SW 29, Zossenstr. 8